Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 132. Sonnabend, den 8. Juni 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vom Werden des Kapitalismus.

Besitzende und Nichtbesitzende, arm und reich gab es auch vor unserem modernen „kapitalistischen Zeitalter“. Aber der Besitz gab früher nicht in gleicher Weise wie heute die Macht und die Möglichkeit, die Nichtbesitzenden in dauernde Abhängigkeit und Untertänigkeit zu bringen: das ist das charakteristische Kennzeichen unseres kapitalisti- Produktionssystems; diese Macht gibt heute dem Besitz etwas so Gefährliches.

Auch früher mieteten sich die Besitzenden andere, Unvermögende, um sie als Knechte und Mägde, als Taglöhner und „Handlungsdiener“ in ihrem Dienst arbeiten zu lassen. Aber es waren verhältnismäßig wenige, die so gegen festen Lohn beschäftigt wurden; es bestand kein großer Bedarf an Arbeitskräften, da ihre Beschäftigung dem Arbeitgeber keine großen Vorteile eintrug. Und das Angebot an solchen Arbeitskräften war auch nicht übermäßig groß. Auch der nichts oder wenig Besitzende hatte doch in der Regel genug, um selbständig ein kleines Geschäft oder ein Handwerk beginnen zu können, höchstens, daß er, um zu lernen, eine Zeitlang in anderer Dienste arbeitete. Es war ja auch noch nicht besonders viel dazu nötig, um sich selbständig zu machen: Große Vorratslager, kostspielige Maschinen erübrigten sich; ein kleiner Raum als Laden, der Arbeitsstätte, ein paar einfache billige Werkzeuge genügten, um „konkurrenzfähig“ arbeiten zu können. Der Reiche hatte auch nicht andere Hilfsmittel, um sich die Arbeit erleichtern und die Ware billiger liefern zu können; höchstens, daß er mehr auf den Markt brachte, da er mehr Gesellen und Helfer beschäftigte, als der Arme nebenan.

Da aber kamen im Laufe des letzten Jahrhunderts Wissenschaft und Technik, — und sie enthüllten der Arbeit die Kraft und Ausnutzungsmöglichkeit von Dampf und Elektrizität; sie konstruierten Maschinen, die von Dampf und Elektrizität getrieben wurden. Und damit bahnten sie recht eigentlich dem neuen, kapitalistischen Zeitalter den Weg.

Es ist ein wunderliches Ding um so eine moderne Maschine. Nehmen wir an, es erfand ein Ingenieur eine solche, die imstande ist, einen glühenden Eisenstab selbsttätig zu zerstückeln und die einzelnen Stücke gleich in Nägel von einer bestimmten Art umzugestalten. Um die Maschine herzustellen, waren etwa tausend Arbeitstage nötig, hundert, um das Eisenerz zu graben, hundert, um es an Ort und Stelle zu schaffen und aus ihm das reine Eisen zu gewinnen, hundert um alle Zeichnungen zu entwerfen, fünfhundert um die einzelnen Teile zu schneiden, zu gießen, u. s. f., hundert, um sie zusammenzusetzen. Um dann die fertige Maschine anzutreiben, gehört vielleicht alltäglich die Arbeitsleistung von drei Leuten: einer, mag man annehmen, muß die Kohlen graben, einer hat sie an Ort und Stelle zu schaffen, ein dritter die Kessel zu heizen, die glühenden Stäbe in die Maschine zu stecken und dergl. mehr. Die Arbeitskraft eines vierten mag angesetzt werden, um alles zu veranlassen und zu überwachen. — Nun arbeitet aber jene Maschine so schnell, daß sie am Tage das Zehnfache von dem leistet, was bis dahin ein Nagelschmied mit den üblichen Werkzeugen leisten konnte. Und die Maschine ist so stabil, daß sie tausend Tage in Dienst bleiben kann, ehe sie abgenutzt und wertlos geworden ist. — Da kann sich nun ein jeder die folgende Rechnung aufmachen: Die Maschine „kostet“ eintausend Arbeitstage für die Herstellung, viertausend Arbeitstage zur Bedienung und zur Beaufsichtigung, summa summarum: fünftausend Arbeitstage. Sie leistet aber tausend Tage lang das Zehnfache des Arbeitstages eines einfachen Hammerschmieds, d. h. zehntausend Arbeitstage. Und ihr Besitzer, der sie gegen den üblichen Lohn bauen ließ, der die Leute zu ihrer Bedienung zu dem üblichen Tagelohn anstellte, er verdient nicht mehr und nicht weniger als das Doppelte seiner Aufwendungen.*)

Er wird nun aber nicht alles als seinen Verdienst einstecken, sondern zum Teil wird er sich seines Vorteils begeben, indem er seine Waren, seine Nägel um einiges billiger verkauft, als bis dahin der Preis war. Das ist den Käufern natürlich sehr lieb, und sie verlassen die alten Kunden, um sich dem neuen, billigeren Verkäufer zuzuwenden. Die alten Nagelschmiede sehen ihren Absatz sinken, ganz verschwinden, aber was sollen sie machen? So billig wie der Maschinenbesitzer können sie nicht liefern, sonst müßten sie verhungern .... Und es kommt der Augenblick, wo sie sich gezwungen sehen, ihr ganzes altes Handwerk an den Nagel zu hängen und zu sehen, wo sie andere Arbeit finden.

Das ist wieder dem Maschinenbesitzer hoch erwünscht. Nun hat er keine Schwierigkeiten, zur Bedienung seiner Maschine Arbeitskräfte zu bekommen und darüber hinaus auch genug Kräfte, die sich in seinen Dienst begeben, um ihm immer neue Maschinen zu bauen. Er gewinnt ständig frische Mittel, seinen Betrieb zu erweitern — durch das, was er an den ersten in Dienst gestellten Maschinen so außerordentlich — trotz der billigeren Preise seiner Waren — verdient. Je mehr er aber seinen Betrieb ausdehnt, je mehr er sich die Fortschritte der Technik zunutze macht, umsomehr erhält er die Macht, andere um ihre Existenz zu bringen, sie sich nach Bedarf dienstbar zu machen.

Jetzt erst gibt ihm sein Besitz die riesige Macht, die gewaltige Bedeutung; jetzt, wo es ein Besitz an Produktivmitteln ist, die derjenige nicht entbehren kann, der konkurrenzfähig arbeiten will. Jetzt wird der Besitzende das Schicksal für die Tausende, Millionen, die Nichtbesitzende sind, die nicht die Mittel besaßen, um selbst erst einmal soviel vorzustrecken, wieviel der Bau der Maschine kostete, die nicht das Kapital besaßen, um selbst eine solche moderne Maschine zu kaufen und ihre Hilfskräfte zu mieten. Sie sind jetzt angewiesen darauf, daß der Besitzende, der Kapitalist, sie an seine Produktionsmittel heranläßt, sie in seinen Dienst nimmt. Sie drängen sich hinzu, — viel mehr als er braucht, — er bekommt sie billiger noch, als um jenen Tagelohn, den ein einfacher Handwerker verdient, — und sie schaffen ihm doch das Doppelte, das Fünffache, vielleicht das Zehnfache von dem, was so ein Handwerksmann ohne maschinelle Hilfe erzielte. — Auch der Mensch wird jetzt für den Unternehmer, den Kapitalisten eine Maschine: Sein Preis ist billiger als der Ertrag, den seine Arbeit liefert. ....

Oder nein, das stimmt nicht! Denn auch bei der Maschine war es doch letzten Endes der Mensch, der bei dem Bau der Maschine und bei ihrer Bedienung geringer bezahlt wurde, als der Ertrag seiner Arbeit war. Auch hier war schließlich der Gewinn des Maschinenbesitzers doch nur darauf zurückzuführen, daß er ihren Erbauern und Hilfskräften einen erheblichen Teil vom Ertrage ihres Werkes vorenthält, als seinen „Profit“ in die Tasche steckte! Er betrog sie um die Frucht ihres Schaffens. Und mit dem, was er an Profit behielt, kann er nun immer neue Helfer in seinen Dienst nehmen und sie um einen Teil ihres Arbeitsertrages bringen!

So entstand — an einem typischen Beispiel gezeigt — dieses unser kapitalistisches Zeitalter, in dem nun bereits vier Fünftel unseres Volkes in anderen Diensten zu arbeiten gezwungen sind zu einem Lohne, der dem von ihnen wirklich in Werten Produzierten bei weitem nicht entspricht. Indem ein kleines Häuflein von Besitzenden, oft ohne einen Finger für die Arbeit zu rühren, in Gestalt hoher Unternehmergewinne, hoher Dividenden und in der Aufspeicherung immer neuer Reserven, der Anschaffung immer neuer Maschinen den ganzen großen „Mehrwert“, den die Arbeit der anderen schuf, verschlingt. Und indem in wilder Konkurrenz nun gar noch einer den anderen hetzt, den Anteil der Arbeit noch mehr zu schmälern, den Profit noch mehr zu steigern. Der geringere Profit birgt ja doch die Gefahr in sich, daß der besser verdienendere Konkurrent seine Waren billiger auf den Markt wirft, den weniger profitablen Betrieb unterbietet, verdrängt, wirtschaftlich totmacht. Denn nicht nur, daß die Maschine das Handwerk verdrängte und ständig weiter verdrängt: die modernere Maschine überflügelt die weniger moderne, der größere, kapitalkräftigere Betrieb verdrängt vielfach wieder den minder großen, auch wenn dieser schon gegenüber einer alten Handwerkerwerkstatt eine Riese war. —

So schwebt in diesem Zeitalter des Privatkapitals und der Konkurrenz freilich auch über den Besitzenden ständig das Damoklesschwert, gibt keinem sein Besitz Ruhe und Sicherheit; die Entwickelung steht nicht still, die dahin führt, daß die Zahl der wirtschaftlichen Machthaber immer kleiner, immer kleiner, die Zahl der abhängigen Existenzen, der Arbeitnehmer, immer größer und größer wird, — eine Entwickelung, mit der naturgemäß parallel läuft die andere, daß der Grad der Ausbeutungsmöglichkeit der Besitzenden gegenüber den Nichtbesitzenden steigt und steigt.

Gewiß kann diese Entwickelung künstlich verlangsamt, scheinbar ganz aufgehalten werden. Weniger kapitalkräftige Betriebe können sich zusammenschließen, gewisse Maschinen gemeinsam anschaffen oder sich sonst gegenseitig helfen, um so mit mehr Aussicht auf Erfolg einem Übermächtigen die Stange zu halten, ihn gar unterzukriegen. Auch können alle Konkurrenten sich einigen, den Kampf untereinander mit seiner Ungewißheit des Ausgangs einzustellen und fortan den Bedarf an Waren in einem festen Prozentsatz unter sich zu verteilen. Die Gesetzgebung kann durch besondere, den Großbetrieben auferlegte Lasten ihr Vorwärtskommen hemmen. Die Gesetzgebung kann auch der Ausbeutungstendenz des Kapitals ein gewisses Ziel setzen, indem sie vorschreibt: Kein Arbeiter darf länger als so und so viel Stunden beschäftigt werden oder weniger als diesen oder jenen Lohn erhalten, jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, etwas in eine Versicherung zu zahlen, die den Arbeiter in seiner Zeit unterstützt, da er arbeitsunfähig ist. Mit noch mehr Aussicht auf Erfolg können sich die Arbeitnehmer selbst zusammenschließen und durch gemeinsames Vorgehen, eventuell auch gemeinsame Arbeitsniederlegung eine Besserung des Arbeitsverhältnisses erzwingen.

Das alles ist geschehen und geschieht noch. Es hat die Entwickelung erklärlicherweise nur bis zu einem gewissen Grade hemmen können. An die Wurzel des Übels führt das alles nicht.

Wer aber möchte leugnen, daß es ein Übel ist, wenn eine immer geringer werdende Minderheit von Kapitalisten die Massen des Volkes ausbeutet, in Sklaverei und Knechtschaft hält? Ist es nicht eine Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit, dies System im Prinzip zu bekämpfen? Muß es nicht gelten, alles daran zu setzen, daß das arbeitende Volk auch den vollen Ertrag der Arbeit erhält und davon gesunder, froher leben kann als heute? Und daß keiner mehr gezwungen wird, über seine Kraft zu schaffen und zu wirken? Daß jene Maschinen, jene Produktionsmittel das Eigentum der Gesamtheit sind? Mit einem Wort, daß an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Produktion tritt?

*) Vielleicht wendet man gegen die Rechnung ein: Ja, aber es ist doch nicht jeder Arbeitstag dem anderen gleichartig. Ein beim Bau beschäftigter Ingenieur bekam doch mehr pro Arbeitstag als ein Hammerschmied verdient. Gewiß, aber man mag annehmen, daß in unserem schematischen Beispiel dem bereits dadurch Rechnung getragen wurde, daß solche „hochwertige“ Arbeitstage von vorneherein für zwei oder drei gezählt wurden, und daß auf diese Weise die Zahlen gewonnen wurden.

Die Situation in Ungarn.

Das Attentat auf den Präsidenten.

Aus Budapest wird telephoniert:

Freitag früh marschierte die gesamte Opposition, 106 Abgeordnete, nach dem Reichstage, wo ein großer Kordon Militär und Polizei dieselben aufhalten wollte; die Abgeordneten wurden jedoch von dem diensthabenden Polizeibeamten eingelassen. Sie setzten sich in ihre Bänke und verhielten sich ruhig. Um 10 Uhr, vor Beginn der Sitzung, marschierten über 120 Polizisten in den Reichstag und forderten die ausgesperrten Abgeordneten auf, das Reichstagsgebäude zu verlassen. Die Abgeordneten wollten nicht weichen und wurden mit Gewalt aus dem Saale geführt. Nachdem die gesamte Opposition sich entfernt hatte, kam die Regierungspartei in den Saal, worauf der Präsident die Sitzung eröffnete. Zu dieser Zeit befand sich kein einziger Abgeordneter der Opposition im Saal. Präsident Tisza begann die Eröffnungsrede. In demselben Augenblicke jedoch stürzte von der Journalistentribüne aus der oppositionelle Abgeordnete Julius Kovacz mit einem Revolver in den Saal und gab drei Schüsse auf den Präsidenten ab, von denen aber keiner traf. Nun stürzte sich die gesamte Regierungspartei auf den Attentäter, man warf ihn zu Boden; angeblich soll er sich eine Kugel in den Kopf geschossen haben, es wird aber vermutet, daß diese Kugel aus dem Revolver eines anderen Abgeordneten gekommen ist. Kovacz wurde in diesem schwerverletzten Zustande von den Anhängern der Regierungspartei gestoßen und geschlagen, bis endlich die erschienene Rettungsgesellschaft ihn aus den Händen seiner Peiniger befreite, seine Wunde untersuchte und ihn nach dem Rochus-Spital überführte. Sein Zustand ist hoffnungslos. Um 1 Uhr mittags wurde er operiert und zum größten Erstaunen wurden in seinem Kopfe zwei Kugeln gefunden.

Die Aufregung ist natürlich sehr groß. Nach diesem blutigen Vorfalle eröffnete der Präsident des Reichstages erst eine halbe Stunde später die Sitzung wieder, die jedoch schon nach einigen Minuten geschlossen wurde. Nach dem Attentat wurde die gesamte Garnison alarmiert und das Militär marschierte die Straßen entlang. Welche Ordre dasselbe hat, weiß man noch nicht. Auf den Straßen bildeten sich Trupps, überall wird von dem Attentat gesprochen und Personen aus den höchsten Kreisen sprechen laut und deutlich unwillig den Ruf aus: „Wenn er ihn nur getroffen hätte!“ Die Arbeiter bleiben wie bisher, auch fernerhin ruhig. Die Parteileitung gedenkt die Arbeitermacht zurückzuhalten, trotzdem die Aufregung, besonders nach dem letzten Ereignis, eine ungeheure ist.

Politische Rundschau

Deutschland.

Auf den Wahlrechtsraub ein Mandatsraub.

Die Stadtverordneten von Neukölln (früher Rixdorf) hatten am Donnerstag wieder eine stürmische Sitzung

Wie erinnerlich, mußte in Neukölln ein Teil der Stadtverordneten neu gewählt werden, da die vorhergegangene Wahl infolge einer von den Rechtsinstanzen für ungesetzlich erklärten Steuerdrittelung ungültig war. Alle neugewählten Stadtverordneten sollten nun am Donnerstag auf Antrag des Wahlprüfungsausschusses von der Stadtverordnetenversammlung als gültig anerkannt werden, nur die des Maurermeisters Wilh. Schuch (Soz.) nicht, der die gleiche Stimmenzahl wie sein liberaler Gegner erhalten und für den dann das Los entschieden hatte. Die Wahl Schuchs wurde angefochten, da einige Wähler behaupteten, eine Stimme sei auf den Namen Hermann Schuch abgegeben worden, infolgedessen habe der liberale Kandidat die Stimmenmehrheit gehabt. Die Einwände der Sozialdemokraten, daß die amtlichen Wahlprotokolle von einer falschen Namensnennung nichts enthalten, daß auch mit dem Namen Hermann Schuch nur der Maurermeister Wilh. Schuch gemeint sein konnte, da Wilh. Schuch mit seinem zweiten Vornamen Hermann heiße, konnten die liberale Mehrheit der Stadtverordneten nicht abhalten, die Wahl Schuchs mit 19 gegen 11 Stimmen für ungültig zu erklären. Das Resultat rief einen Sturm der Entrüstung hervor.

Bund zur Bekämpfung der Frauen-Emanzipation.

Unter diesem Namen hat sich ein Verein gebildet, der in einem Aufruf, den reaktionäre Blätter veröffentlichen, seine Leitsätze klarlegt. Sie lassen sich kurz dahin zusammenfassen:

1. Die schematische Gleichstellung von Mann und Frau ist widersinnig.
2. Das aktive und passive Wahlrecht für Landesvertretungen, sowie für Gemeinden und kirchliche Körperschaften muß dem Manne vorbehalten bleiben.
3. Staatsverwaltung, geistliche und richterliche Ämter, müssen wie bisher, dem Manne belassen werden.
4. Frauen dürfen nur solche Studienzweige eröffnet werden, in denen sie ihre Eigenart zur Geltung bringen können; für diese weiblichen Studierenden sind besondere Akademien zu gründen.
5. Die Auswüchse der Mutterschaftsbewegung sind zu bekämpfen.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, an dessen Spitze ein Professor Dr. Sigismund-Weimar steht, sind in den weitesten Kreisen völlig unbekannt. Dem Aufruf haben sich u. a. angeschlossen Minister a. D. Matthias v. Köller und General Keim — zwei waschechte Reaktionäre.

Das fehlende Freikuvert.

Seit Jahr und Tag müht sich in Preußen eine Kommission damit ab, eine Vereinfachung des Geschäftsganges in der Verwaltung herbeizuführen. Bisher ist diese Kommission zu einem abschließenden Resultat noch nicht gekommen, und es hat auch garnicht den Anschein, als ob in absehbarer Zeit brauchbare Vorschläge aus der Kommission hervorgehen würden. Wie notwendig aber eine Vereinfachung der preußischen Verwaltung ist, das lehrt ein Beispiel, das dem „Berliner Tageblatt" berichtet wurde. Ein Kaufmann, dem ein Schuldner durchgebrannt war, wendet sich an den Gemeindevorsteher des Heimatsortes des Schuldners, um dort dessen jetzigen Aufenthaltsort zu erfahren. Auf drei Briefe erfolgte keine Antwort. Eine Beschwerde an den Landrat hatte dasselbe Resultat — keine Antwort. Die Firma verlor den Mut aber nicht, sie schrieb noch einmal an den Landrat und legte eine frankierte Postkarte bei. Nun kam schon nach sechs Tagen die Nachricht, daß die Auskunft vom Gemeindevorsteher erteilt werde, sobald ihm die Firma ein — Freikuvert übermittele. Die Firma teilte dem Landrat mit, sein Bescheid sei ihr unverständlich, denn sie habe in den Briefen stets ausdrücklich betont, daß etwaige Gebühren durch Nachnahme erhoben werden sollen. Darauf kam wieder ein Bescheid vom Landratsamt, daß man dabei bestehen bleibe, daß eine Auskunft erst erteilt werde, wenn ein Freikuvert übermittelt sei. Die Firma schickte schließlich dem Gemeindevorsteher das Freikuvert und erhielt nun die Mitteilung, daß man den Aufenthaltsort des Gesuchten nicht kenne. Dieser Mitteilung war gleichzeitig ein Hinweis darauf beigefügt, daß man bei Anfragen an den Gemeindevorstand stets ein Freikuvert beifügen müsse, man möge sich das für die Zukunft merken.

Man wird allerdings gestehen müssen, daß diese Art Bureaukratismus nicht mehr übertroffen werden kann.

Sysiphus Arbeit.

Im Reichsamte des Innern hat nun endlich die längst angekündigte Konferenz stattgefunden, die mit der schwierigen Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk sich zu befassen hatte. Wie leicht vorausgesehen werden konnte, kam bei dieser Konferenz nichts heraus. Man einigte sich nämlich dahin, daß zur Entscheidung dieser Frage die Schaffung einer einheitlichen Instanz nötig sei. Was man sich unter dieser einheitlichen Instanz nun eigentlich vorgestellt, wird leider nicht gesagt. Das gleiche Resultat hatte die Erörterung der Frage, wie die Industrie zu den Kosten der Ausbildung der Handwerkslehrlinge herangezogen werden könnte.

Landrat und Arbeitslosenversicherung.

Auf der jüngst in Berlin abgehaltenen Tagung des Vereins der Kommunalwirtschaft bildete auch die Arbeitslosenversicherung einen Gegenstand der Verhandlung. Der Referent erklärte sich rückhaltlos für das Genter System der Zahlung von Zuschüssen der Gemeinde an die Arbeiterorganisationen, die Arbeitslosenunterstützung gewähren. Er führte aus, daß alle anderen Systeme, namentlich auch die Anlage von Sparfonds, für Unorganisierte Fiasko erlitten haben. In der Diskussion trat — der Herr Landrat v. Halem, der berühmte Wahlsieger von Schwetz und zurzeit immer noch M. d. R. als Gegner jeder Arbeitslosenunterstützung auf. Man müsse, so führte dieser Erwählte des gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlrechts landrätlich-westpreußischer Façon aus, die arbeitslos werdenden Arbeiter einfach zwangsweise nach Ostelbien schaffen, wo es den Großagrariern infolge ihrer väterlichen Arbeiterfürsorge an Arbeitern fehlt.

Übrigens fand sich auch noch ein fortschrittlicher „Gegner" des Genter Systems: Herr Oberbürgermeister Cuno-Hagen nämlich, der heute schon in dem Verhältnis „a. D." zum Reichstag steht, in das der Herr von Halem erst noch zu versetzen sein wird. Auch Cuno ist für die Abschiebung der Arbeitslosen nach den agrarischen Arbeiternotbezirken; er ist aber auch deshalb gegen das Genter System, weil — die Schwer- und Bergwerksindustrie eine solche Anerkennung der Gewerkschaften nicht wünschen! Der Mann war einmal „freisinnig!"

Das neue Ausnahmegesetz gegen die Polen angenommen.

Das preußische Herrenhaus hat am Freitag das Besitzbefestigungsgesetz nach einer vierstündigen Debatte en bloc angenommen. Die Opposition berief sich gar nicht auf die Rechts- und Verfassungswidrigkeit des Gesetzes, sondern sie wurde nur von den polnischen Mitgliedern, einigen Grafen und von den Zentrumsgrafen Ballestrem und Oppersdorff geführt, wobei sich diese Herren namentlich gegen den Landwirtschaftsminister wandten, der die katholischen Ansiedler als minder geeignet zur Germanisierung der Polen bezeichnet hatte. Dies gab sowohl dem Minister v. Schorlemer als auch verschiedenen anderen Herren, so z. B. dem früheren Finanzminister v. Rheinbaben Gelegenheit zu Erwiderungen, die lebhaft applaudiert wurden. Auch der Vater des Herrn v. Schorlemer spielte hier wieder eine Rolle. Der frühere Reichstagsabgeordnete für Breslau, Fürst Hatzfeldt, trat für eine umfassende innere Kolonisation im ganzen Lande ein. Indessen antwortete der Minister nur, daß er die Siedelungsgenossenschaften nach Kräften unterstützen werde. Von einer allgemeinen inneren Kolonisation will man natürlich nichts wissen, denn die Voraussetzung dazu müßte ja die Zerschlagung der Latifundien der Großgrundbesitzer sein!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gegen italienische Verdächtigungen.

Das Kanzlerblatt teilt amtlich mit: Auf Grund angeblicher Erzählungen von aus Smyrna ausgewiesenen Italienern ist in italienischen Blättern behauptet worden, der dortige deutsche Konsul hätte türkische Polizei herbeigerufen, und auf die vor dem Konsulat versammelten Italiener einhauen lassen. Obwohl diese Erzählungen deutlich genug den Stempel der Erfindung zeigen, sind sie von einem italienischen Abgeordneten bei einer Interpellation in der Kammer verwertet worden, ohne daß ihnen ein Dementi entgegengesetzt wurde. Amtliche Feststellungen haben, wie zu erwarten war, ergeben, daß diese Geschichten in der leichtfertigsten Weise in die Welt gesetzt worden sind und daß ihnen keinerlei Tatsachen zugrunde liegen. Der deutsche Konsul in Smyrna hat bei seinen Bemühungen für die zahlreichen ausgewiesenen Italiener, obgleich sie an die Arbeitskraft des Konsulats außergewöhnliche Anforderungen gestellt haben, kein einziges Mal Anlaß gehabt, die Hilfe der türkischen Polizei in Anspruch zu nehmen.

Die Notlage der Binnenschiffer.

Das preußische Dreiklassenhaus ist am Freitag wieder zusammengetreten. Nachdem man auf Antrag des Vizepräsidenten Dr. Krause an den erkrankten Präsidenten v. Erffa ein Telegramm geschickt hatte, worin ihm baldige Besserung gewünscht wird, beschäftigte man sich fast die ganze Sitzung hindurch mit den Anträgen der Abgg. Prinz Löwenstein (konservativ) und Schiffer (nationalliberal), durch die die Regierung aufgefordert wird, eine energische Hilfsaktion zugunsten der Binnenschiffer zu unternehmen. In besonders sachkundiger und tatkräftiger Weise setzte sich Genosse Dr. Liebknecht für eine solche Hilfsaktion ein. Er verwies darauf, daß auch im Schiffahrtsgewerbe die Tendenz zur Verdrängung der kleinen selbständigen Existenzen und zu ihrer Aufsaugung durch das Großkapital immer mächtiger und dadurch die Lage der kleinen Schiffer immer ungünstiger werde. Darüber hinaus aber sei durch die Dürre des vorigen Jahres und durch die Ausnahmetarife der Eisenbahnen den Schiffern eine furchtbare Notlage aufgebürdet worden. Genosse Liebknecht kritisierte auch scharf das verständnislose bureaukratische Vorgehen mancher Behörden. Der Ministerialdirektor Peters wollte diese Angriffe kurzerhand als haltlos abtun. Indessen wurden die Ausführungen Liebknechts sogar von nationalliberalen, Zentrums- und freikonservativen Rednern unterstützt, und danach mußte schließlich auch der Ministerialdirektor das Bestehen einer schlimmen Notlage zugeben. Obgleich die Kommission einen nichtssagenden Vermittlungsantrag gestellt hatte, wurden schließlich die Anträge Löwenstein und Schiffer gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Die Regelung der Jesuitenfrage — vertagt.

Von unterrichteter Seite will die „Tägliche Rundschau" erfahren haben, daß die Entscheidung über die Auslegung des Jesuitengesetzes auf den Herbst verschoben worden ist. Die Sache wird deshalb nicht als besonders eilig angesehen, weil der bayrische Erlaß vorerst suspendiert ist. In der Zwischenzeit sollen sämtliche Bundesregierungen sich zu der Sache äußern.

Die kochende preußische Junkerseele.

Die „Kreuzzeitung" begeistert sich unter ihrer neuen Leitung immer mehr für die vor ein paar Tagen angeregte Gründung eines Preußenvereins. Um Stimmung zu machen, wird u. a. ausgeführt:

„Die sozialdemokratischen Schmähungen im Reichstage und im Abgeordnetenhause waren nur ein Symptom des Hasses gegen unser Preußen, mit dem die gesamte Demokratie erfüllt ist, und ein Zeichen gesteigerter Kampfbegier, mit der die Preußenhasser jetzt glauben sich vorwagen zu können. Doch sie werden sich täuschen. So rasch, wie sie meinen, werden sie das schwarz-weiße Bollwerk, das allen Revolutionsstürmen standhält, nicht niederlegen. Zeitungslärm und Versammlungsgeschrei sind dagegen ebenso ohnmächtig wie alle künstlich geschürten „Volksbewegungen". Namentlich die süddeutschen Demokraten sollten nicht gar zu heftig ihrem Preußenhaß die Zügel schießen lassen; denn damit beweisen sie nur, daß sie für den altpreußischen Grundsatz Suum cuique keinerlei Verständnis haben."

Die Geduld der geborenen und noch mehr der gelernten Junker ist also zu Ende. Zum Beweis dafür rempelt die „Kreuzzeitung" in recht ungehobelter Manier zunächst zwei liberale Blätter an, weil sie von dem Preußenverein nichts wissen wollen. Sogar von Preußenverfolgungen weiß das Hammerstein-Blatt zu fabeln, um dann zu drohen:

„Es hat sich bei allen, die es für eine hohe Ehre halten, sich Preußen nennen zu dürfen, eine solche Summe von Groll und Erbitterung gegen die Preußenverächter und Preußenschmäher gesammelt, daß ein Ausbruch der dadurch erzeugten Stimmung endlich erfolgen mußte."

Darauf näher einzugehen, weshalb Preußen sich so verhaßt gemacht hat, läßt die „Kreuzzeitung" wohlweislich bleiben. Sie müßte ja sonst zugestehen, daß die Ursache in der von einem unvergleichlichen Hochmut diktierten, skandalösen Junkerwirtschaft liegt. Anstatt nun aber immer nur mit dem „Preußenverein" zu drohen, sollte man doch lieber endlich einmal ernst machen und den Verein ins Leben treten lassen, damit man die Herrschaften näher kennen lernt, die eine weitere Galgenfrist für die Reaktion, durch Entfalten von echt-preußischem Chauvinismus erhoffen.

Die sozialdemokratische Landtagsmehrheit in Rudolstadt wiedergewählt!

In den Landtag, der am 4. März aufgelöst wurde, sind bei der gestrigen Wahl, wie der „Hamb. C." meldet, 9 Sozialdemokraten und 7 Bürgerliche wiedergewählt worden. — Nach den Berichten anderer bürgerlicher Blätter hätten wir allerdings nur acht und die bürgerlichen Parteien gleichfalls acht Vertreter erhalten, doch trifft das nicht zu.

„Nicht zu früh jubeln!"

Mit dieser Überschrift versieht die „Kons. Korresp." einen Artikel, der sich mit dem Jubel befaßt, den die liberale Presse angestimmt hat, weil sich im Reichstage eine Mehrheit für die Vorlage eines Erbschaftssteuer-Gesetzentwurfs gefunden hat. Das konservative Organ sagt zum Schluß:

„Sollte die Reichsregierung sich wirklich dazu entschließen, die Erbanfallsteuer-Vorlage vom Juni 1909, den alten Zankapfel unter den bürgerlichen Parteien zum Gaudium der Sozialdemokratie, wieder vorzulegen, so dürfte jedenfalls von konservativer Seite alles unternommen werden, damit diese Steuer von Heulen und Zähneklappern des Kapitalismus und seiner Helfershelfer begleitet ist."

Österreich-Ungarn.

Zwischenfall beim Begräbnis des Abgeordneten Silberer. Das Begräbnis des auf einer Ski-Tour verunglückten österreichischen Abgeordneten Silberer gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration des Wiener Proletariats. Bürgerliche Berichterstatter schätzen die Zahl der Teilnehmer auf 100 000. Auf dem Schwarzenberg-Platz, einem der elegantesten Plätze Wiens, erlitt der Leichenzug eine Stockung, weil eine Anzahl Wagen durch den Zug hindurchfahren wollten, um das gleichzeitig stattgefundene Armee-Rennen noch zu erreichen. Ein Hofwagen sollte sogar von einer Polizei-Eskorte durch den Zug hindurchgeführt werden. Die Parteigenossen wußten diese schamlose Störung eines Leichenbegängnisses jedoch zu verhindern. Die Hofgesellschaft mußte den proletarischen Demonstrationszug an sich vorbeipassieren lassen.

Italien.

Eine kriegsfeindliche Demonstration. Eine eigenartige Demonstration gegen den heutigen Krieg hat soeben die italienische Kammer beschäftigt. Der Abgeordnete, Genosse Rondani, hat den Minister des Innern befragt, wie er über einen Prozeß gegen mehrere Bürger von Gavorano denke, die angeklagt sind, durch „aufrührerische Rufe" die öffentliche Ordnung gestört zu haben. Der Unterstaaatssekretär lehnte jede Antwort über den den Gerichten vorliegenden Fall ab, gab aber doch dem sozialistischen Abgeordneten Gelegenheit, den Hergang wahrheitsgemäß zu schildern. In Gavorano kamen nämlich zwei Soldaten an, die vom Kriegsschauplatz zurückkehrten. Die Stadtverwaltung und die bürgerlichen Organisationen des kleinen Ortes begaben sich auf den Bahnhof, um die Soldaten zu empfangen. Auch mehrere Arbeiterorganisationen und die lokale Parteisektion fanden sich ein, um eine Gegendemonstration zu machen. Da einer der heimkehrenden Soldaten Parteigenosse war, lehnte er es ab, an dem offiziellen Festzug teilzunehmen und schloß sich der sozialistischen Gegendemonstration an, bei der „Nieder der Krieg" und „Es lebe der Sozialismus" gerufen wurde. In der Tat befindet sich dieser Soldat unter den Angeklagten. Der Hergang als solcher dürfte nicht eben zu den Alltäglichkeiten gehören.

Das Urteil gegen die Streikenden von Piombino. Vor dem Gericht von Volterra hat nunmehr der Prozeß gegen die Streikenden von Elba und Piombino, in dem der Staatsanwalt 91 Jahre Gefängnis beantragt hatte, sein Ende gefunden. Von den 46 Angeklagten sind 25 freigesprochen worden. Von den übrigen wurden sechs wegen Aufreizung zum Verbrechen zu je 7½ Monaten Gefängnis verurteilt. Die anderen wurden wegen Gewalttat und Beamtenbeleidigung mit Strafen von 9 Monaten bis 1¼ Jahre bedacht. Alles in allem hat man in diesem Prozeß, der wieder einmal die Justiz als ein Werkzeug im Dienste der herrschenden Klassen kennzeichnet, 18 Jahre Gefängnis verhängt. Man hat durch dieses Urteil die Leiter des Streiks treffen wollen, ohne sich jedoch in dieser Rache so weit hinreißen zu lassen, wie das die Unternehmer erwartet und gewünscht hatten.

England.

Der nationale Streik. Eine Versammlung der Transportarbeiter bereitete gestern den nationalen Streik vor, doch werden die Arbeiter vor Montag abend oder Dienstag früh keine Aufforderung zur Einstellung der Arbeit erhalten. Die Regierung berief die Arbeitgeber telegraphisch zu einer Konferenz in das Unterhaus für gestern 3 Uhr nachmittags, um von neuem die Vorschläge zur Einsetzung eines Einigungsamtes zu prüfen. Einige Arbeitgeber begaben sich auch am nachmittag in das Unterhaus, gaben aber nur die Erklärung ab, daß die Ange-

legenheit, soweit sie die Arbeitgeber betreffe, bis Montag verschoben werden müsse. Die Vertreter des Transportarbeiterverbandes begaben sich gestern nachmittag ebenfalls in das Unterhaus.

Kuba.

Der Aufstand auf Kuba. Nach einer Depesche aus Habana wird der Ernst der Lage gekennzeichnet durch eine Proklamation des Präsidenten Gomez an das Volk, in der es aufgefordert wird, sich gegen die nationale Gefahr zu bewaffnen und zu organisieren. Voraussichtlich bewilligt der kubanische Kongreß die Nachtragskredite für Heereszwecke. Die militärischen Unternehmungen in der Provinz Oriente sind gänzlich zum Stillstand gebracht, da es unmöglich ist, daß Infanterie, Artillerie und Kavallerie gleichzeitig in der gebirgigen Gegend vorrücken. Strömender Regen hält die Unternehmungen auf. Es werden nur unbedeutende Scharmützel gemeldet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 8. Juni.

Reichstagsabgeordneter Genosse Paul Göhre wird am Mittwoch, dem 12. Juni, in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins über „Das religiöse Problem und die Arbeiterschaft" referieren. Es ist wohl anzunehmen, daß kein Parteigenosse sich die Gelegenheit entgehen läßt, diesen von kompetenter Seite gehaltenen interessanten Vortrag zu hören.

Ein heftiges Gewitter entlud sich gestern abend über unserer Gegend. Blitze erhellten unaufhörlich das Firmament, von brüllendem Donner und Krachen begleitet. Dann setzte ein wolkenbruchartiger Regen ein, der die Straßen und Wege förmlich überschwemmte. In der Richtung auf Stockelsdorf sah man einen gewaltigen Feuerschein, der davon Kunde gab, daß der Blitz gezündet hatte. Wo das Feuer gewütet hat, konnten wir bisher nicht erfahren.

Die Getreidepreise steigen höher. Nach den im „Reichs-Anzeiger" täglich veröffentlichten Berichten der deutschen Fruchtmärkte sind die Getreidepreise mit Ausnahme des Preises der Gerste im Mai d. Js. gegenüber dem Vormonate wieder gestiegen. Es kostete:

Der Doppelzentner	im Mai 1912	im April 1912	im Mai 1911
Weizen	22,69 Mk.	21,96 Mk.	19,81 Mk.
Gerste	19,18 „	20,25 „	16,35 „
Roggen	19,27 „	18,82 „	16,30 „
Hafer	20,69 „	20,34 „	17,38 „

Gegenüber dem Vorjahre ist die Steigerung eine sehr erhebliche. Bei unserer Agrarpolitik wird aber die Regierung kein Interesse an der Herabsetzung der Getreidepreise bekunden; dadurch würden ja die Agrarier geschädigt!

Anders handelte vor 100 Jahren die französische Regierung. In der Nr. 45 der „Allgem. politischen Nachrichten" vom 4. Juni 1812 — diese Zeitung erschien in Essen und wird jetzt von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" dem Original entsprechend als Beilage nachgedruckt — heißt es: „Aus allen Departementen laufen Nachrichten von dem starken Sinken der Getreidepreise ein, welches durch die letzten Maßregeln der Regierung veranlaßt worden ist. Es ist jetzt überall Getreide in Menge vorrätig, nachdem die Kornwucherer ihre Böden haben öffnen müssen."

Das Erdbeergift. Die beginnende Erdbeersaison gibt einem bekannten Londoner Arzt den Anlaß, gewisse Personen vor dem Genuß der köstlichen Frucht mit Rücksicht auf die ihm verbundene Gefahr der Gesundheitsschädigung zu warnen. „Kindern unter zwei Jahren sollte man überhaupt keine Erdbeeren zu essen geben," so empfiehlt der ärztliche Mahner in einer Londoner Zeitung, und ebenso sollten Personen, die zu Gicht, Rheumatismus, Herz- und Hautkrankheiten oder Leberleiden neigen, auf den Erdbeergenuß besser verzichten. Die allgemeine Klage, die sich gegen die Erdbeere richtet, betrifft bekanntlich die durch sie hervorgerufene **Nesselsucht**, einem mit Fieber verbundenen Hautausschlag, der die Erscheinung des Scharlachs vortäuscht. Erdbeeren sind das weichste sommerliche Beerenobst und werden infolgedessen auch am leichtesten zerquetscht. Ist dies geschehen, so bildet sich unverzüglich ein Ferment, das schädliche Wirkungen hervorbringt, während die unbeschädigten Beeren diese Gefahr nicht bergen. Jedenfalls empfiehlt es sich, Erdbeeren möglichst mit Schlagsahne zu essen. Das dadurch beigemischte „Fett" ist nützlich und gewährt den Vorteil einer „gemischten Diät".

R. **Unlauterer Wettbewerb und schreiende Reklame** Vor der gestrigen Berufungsstrafkammer fand eine Verhandlung statt, die für Kaufleute — in erster Linie Geschäftsinhaber — von Interesse ist. Vom Schöffengericht war nämlich ein hiesiger Geschäftsmann wegen Übertretung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu einer Geldstrafe verurteilt worden. In Zeitungsinseraten und auf Plakaten, die er im Schaufenster anbrachte, hatte er bekannt gegeben, daß er von seinem Lieferanten einen großen Posten Ware zu einem billigen Preise gekauft habe und infolgedessen in der Lage sei, diesen wieder zu einem Spottpreise an das Publikum zu veräußern. Er übte also jenen Reklametrick aus, wie er sich in der Geschäftswelt immer gräßlicher herausbildet und jedem normal empfindenden Menschen auf die Nerven fallen muß. Gegen dieses Urteil des Schöffengerichts legte er Berufung ein. Durch seinen Verteidiger ließ der Angeklagte ausführen, daß die von ihm gemachte Reklame sich doch in keiner Weise von derjenigen unterscheide, mit der Warenhäuser und ähnliche Geschäfte das Publikum leichter bewegen wollen, wenn sie „Weiße Wochen" usw. arrangieren. Der Staatsanwalt war dagegen anderer Ansicht. Seine Ausführungen waren sehr interessant. Er meinte nämlich, daß die Auffassung des Publikums in Betracht gezogen werden müsse. Wenn also ein Geschäft einen Räumungsausverkauf veranstalte, so wüßte das Publikum, daß ein ganz bestimmter Posten Ware innerhalb einer ganz bestimmten Zeit zu einem geringeren Preise abgegeben werde. Der Angeklagte habe aber einen Irrtum erregt; er habe überhaupt keinen Posten Ware zu einem geringeren Preise eingekauft und nur die angepriesenen Gegenstände los sein wollen. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts nicht an und sprach den Angeklagten nach längerer Beratung frei.

Der diesjährige Esperanto-Weltkongreß, der im August in Krakau stattfindet, wird zweifelsohne der bedeutendste und besuchteste aller bisherigen werden. Das ist ganz erklärlich, denn Esperanto hat auch in der letzten Zeit wieder ganz bedeutend an Anhängern und Einführung gewonnen, so daß es immer wahrscheinlicher wird, daß Esperanto in kurzer Zeit in die Schulen eingeführt wird. Anmeldungen zum Kongreß richte man an die Kongreßleitung, an die Esperanto-Vereine oder an die Auskunftsstelle des Verbandes Deutscher Esperantisten in Leipzig, Dresdenerstraße 45, von der Interessenten gegen Einsendung der Selbstkosten (15 Pf. in Briefmarken) ein Esperanto-Lehrbuch mit aufklärenden Schriften portofrei erhalten können.

Die Haftpflicht des Rechtsanwalts. Eine recht böse Erfahrung, so berichtet die „Nat.-Ztg.", mußte unlängst ein Berliner Rechtsanwalt machen, weil er einem gelegentlichen Klienten einen Rat gab, der nicht ganz stimmte. Der Klient, ein Schlaumeier, der genau wußte, daß die Höhe der Anwaltsgebühren im gleichen Verhältnis mit der Höhe des Objekts anwächst, hatte eine größere Zahl ausstehender Forderungen, über deren Verjährung er aber nicht im klaren war. Anstatt nun zu dem Rechtsanwalt zu gehen und ihm zu sagen: Hier habe ich für so und so viel tausend Mark ausstehende Forderungen; muß ich dieselben, damit sie nicht verjähren, sofort einklagen, oder hat die Sache noch Zeit?, zog es der Klient vor, dem Rechtsanwalt nur eine kleine Forderung zur Begutachtung vorzulegen und sich auf diese Weise ein höheres Honorar zu sparen. Der Rechtsanwalt gab nun seinem Klienten den Bescheid, daß die Sache durchaus keine Eile habe. In Wirklichkeit aber verfiel die besprochene Forderung der Verjährung und mit ihr alle anderen Forderungen, von denen der Klient seinem Anwalt kein Wort gesagt, sondern aus der Antwort des Rechtsanwalts Schlüsse auf alle übrigen Posten gezogen hatte. Der hereingefallene Klient verklagte nun den Rechtsanwalt auf Schadenersatz, und zwar nicht nur etwa in der Höhe der in Frage stehenden einzelnen Forderung, sondern für die Summe sämtlicher Forderungen. Der Rechtsanwalt focht die Klage an. Das Kammergericht gab aber dem Kläger recht und verurteilte den Rechtsanwalt zur Erstattung der verloren gegangenen Gesamtsumme.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 7. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 17, Luft 17, morgens 10 Uhr: Wasser 18½, Luft 24; mittags 12 Uhr: Wasser 19½, Luft 25; abends 6 Uhr: Wasser 20½, Luft 22 Grad Celsius.

Handelsregister. Am 7. Juni 1912 ist eingetragen bei der Firma Briket-Großhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 22. Mai 1912 sind die § 2, 5 und 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. Darnach ist Gegenstand des Unternehmens: Der Handel mit Braunkohlen, Braunkohlen-Brikets und Grudekoks, sowie die Beteiligung an gleichartigen Geschäften.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Ein hübsches Singspiel: „Die konfiszierte Venus" ist dem reichhaltigen Spielplan neu einverleibt und gefällt außerordentlich. Die hübsche Brettldiva Gretel Mayhof entzückt das Publikum durch ihren anmutigen Vortrag. Das Theater ist täglich sehr gut besucht. Montag findet eine volkstümliche Vorstellung statt, zu welcher der Eintrittspreis für alle Plätze ohne Unterschied nur 50 Pfg. beträgt. Man sichere sich gute Plätze im Vorverkauf!

Sarrasani verläßt Lübeck. Am Sonntag finden die beiden Abschiedsvorstellungen statt, die ein besonders feierliches Gepräge tragen sollen und ohne jede Kürzung vonstatten gehen werden. Denn Sarrasani wird erst im Laufe des Montag Lübeck verlassen. Am Sonntag vormittag von 11 bis 12 Uhr findet noch einmal eine große Tierschau, verbunden mit Doppelkonzert statt, zu der Erwachsene 20 Pfg. Kinder 10 Pfg zahlen.

Travemünde. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen Sonntag, nachmittag 4 Uhr, im Lokal von Dortmund statt, worauf wir die Parteigenossen auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

Hamburg. Die Volksschullehrerschaft protestierte in einer äußerst stark besuchten Versammlung gegen die von dem bürgerschaftlichen Ausschuß vor kurzem veröffentlichte neue Gehaltsordnung. Es kam dabei mit elementarer Leidenschaft der ganze Grimm zum Ausdruck, der sich in den Reihen der Volksschullehrerschaft infolge der ihnen aufgezwängten sozialen Degradierung angesammelt hatte. Man bezeichnete die Vorlage, die die Oberlehrer soweit über die Volksschullehrer hinaushebe wie nirgends im Reiche, als eine Verhöhnung der gerechten Forderungen und die beigegebenen statistischen Tabellen als eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Die neue Gehaltsvorlage, die allen oberen Beamten Tausende von Mark zuweise, dagegen die unteren und mittleren Beamten mit ein paar Brocken abspeise, sei nur ein Werk der politischen Machtverhältnisse in Hamburg. Man frage nicht nach Recht und Gerechtigkeit, sondern nur der Plutokratismus gebe den Ausschlag, und damit habe die Hamburger Bürgerschaft einen politischen Tiefstand erreicht, der noch nach dem preußischen Abgeordnetenhaus komme. Der Vorschlag eines Lehrers, daß nur der politische Kampf die Volksschullehrer weiterbringen könne, wurde von der großen Mehrheit der Versammlung mit starkem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende der Versammlung, Lehrer Gripp, war etwas ängstlicher Natur und glaubte die hochauflodernde Empörung, die sich in recht scharfen, aber zutreffenden Worten entlüd, etwas dämpfen zu müssen, was ihm dann auch gelang. Die Folge davon war, daß die gefaßte Resolution zahmer ausfiel, als die Stimmung der Versammlung vermuten ließ. Der Wortlaut derselben ist folgender: „Die Volksschullehrerschaft erblickt in der Gehaltsvorlage des bürgerschaftlichen Ausschusses eine Geringschätzung der Arbeit an der Volksschule und eine Mißachtung des Volksschullehrerstandes. Sie protestiert daher gegen die Vorlage und die Art ihrer Begründung und erwartet von der Bürgerschaft, daß sie der Volksschullehrerschaft eine Stellung innerhalb der hamburgischen Beamtenschaft anweist, wie sie der Bedeutung der Volksschule und der sozialen Stellung der Volksschullehrerschaft entspricht." Die neue Gehaltsordnung wurde Freitag nacht von der Hamburger Bürgerschaft en bloc angenommen. Die Sozialdemokraten versuchten, eine gerechtere Gestaltung der Beamtengehälter durch eine bessere Berücksichtigung der unteren Beamtenschichten zu erreichen, doch wurde ihnen das von der Bürgerschaftsmehrheit unmöglich gemacht, die sich für die en bloc-Abstimmung entschied.

Altona. Totgefahren. Zwei Knaben im Alter von 13 und 14 Jahren, die Gebrüder Schümann, fuhren auf einem Rade den Elbberg hinunter, der ältere Bruder saß im Sattel, während der jüngere hinten auf stand. Da sie die Gewalt über das Rad verloren, fuhren sie direkt in einen Wagen hinein, dessen Rad dem Adolf Schümann über den Kopf fuhr. Der Knabe war sofort tot. Der Bruder erlitt unbedeutende Verletzungen am Arm und konnte in die elterliche Wohnung gebracht werden.

Oldenburg. Eine prinzipiell wichtige Gerichtsentscheidung über § 3 des Reichsvereinsgesetzes. Gegen das Vereinsgesetz, durch das nach § 3 der Vorstand eines politischen Vereins verpflichtet ist, „binnen einer Frist von zwei Woch nach Gründung des Vereins" die Satzung des Vereins sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der Polizeibehörde einzureichen, sollte der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Rüstringen-Wilhelmshaven, der Parteisekretär Schulz, verstoßen haben. Er hatte sich geweigert, das Statut des bereits seit Jahren bestehenden Wahlvereins und das Mitgliederverzeichnis des Vorstandes der Polizei zu geben. Genosse Schulz wurde in eine Polizeistrafe genommen, die aber das Schöffengericht auf Einspruch wieder aufhob. Gegen das freisprechende Urteil legte der Amtsanwalt Berufung ein. Die Strafkammer zu Oldenburg kam jetzt ebenfalls zu einem Freispruch. Wie der Richter der ersten Instanz, Amtsrichter Stöver, stützte sich auch Staatsanwalt Riesebieter auf den Wortlaut des Gesetzes und beantragte selbst die Freisprechung.

Bremerhaven. Streik in den Tischlereibetrieben der Unterweserorte. Die organisierten Tischler der Unterweserorte beschlossen Mittwoch abend in einer stark besuchten Versammlung, sofort in den Streik zu treten, weil der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe jegliche Verhandlungen abgelehnt hat. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ruht die Arbeit in sämtlichen Betrieben. — Ausgenommen vom Streik sind die Betriebe von Rogge, Kühlken und Backhaus u. Co. — Zuzug von Tischlern nach den Unterweserorten ist strengstens fernzuhalten.

Literarisches.

Von Pol zu Pol mit Sven Hedin. Die freundliche Aufnahme, die das jüngste Werk des berühmten Reisenden „Von Pol zu Pol" (Rund um Asien), das im November vorigen Jahres im Brockhausschen Verlag erschien, gefunden hat, bestimmte den Verfasser, das Versprechen, das er am Schluß jener ersten Weltreise gab, schon jetzt wahr zu machen. Soeben erscheint im gleichen Verlag und zu demselben billigen Preise von 3 Mk. „Von Pol zu Pol" (Neue Folge) „Vom Nordpol zum Äquator". Mit einer behaglichen Nordlandsreise beginnt die neue Wanderung; sie führt uns von Skandinavien zum Nordkap, dem Ziel so zahlreicher Vergnügungsreisen. Nach dieser stimmungsvollen Ouvertüre hebt sich der Vorhang und die Urweltlandschaft der arktischen Zone breitet sich vor uns aus. Da oben, blendend im Glanz der Mitternachtssonne, in allen Farben spielend im Schein des Nordlichts, in monatelanger Finsternis der Polarnacht brütend, ruht die Sphinx des Nordens, der Nordpol mit seinen noch heute nur zum Teil gelösten Rätseln. Der Kampf um den Nordpol hebt an. Schiff auf Schiff verschwindet in den tückischen Fluten, zermalmt zwischen den beweglichen Felsen des Packeises; mit blutigen Katastrophen sind die Wege der Polarhelden gezeichnet. „Erebus" und „Terro", Unterwelt und Schrecken, so hießen in furchtbarer Vorbedeutung die beiden verschollenen Schiffe der Franklin-Expedition, von der Hedin zunächst erzählt. Damit ist aber der Inhalt der neuen Folge „Von Pol zu Pol" nicht annähernd erschöpft. Zur südlichen Halbkugel der Erde führt jetzt, entsprechend dem Titel des Buches, unser Weg. Wir begleiten Hedin durch die drei Kulturzentren Europas: London, Paris, Rom, die kreuz und quer unter immer wechselnden Gesichtspunkten des Gegenwartforschers und des Historikers durchwandert werden. Dann steuert Hedins glückhaftes Schiff an Neapel und Kapri vorüber nach Afrika. Ein zweites, nicht weniger gewaltiges Drama spielt sich vor den Augen des Lesers ab. Aus der dämmernden Kenntnis der Vorzeit, aus der schmachvollen Finsternis des Kannibalismus, der Sklavenjagden und des dumpfsten Aberglaubens, reckt sich der schwarze Weltteil wie ein erwachender Riese langsam und unbeholfen dem Licht der Kultur entgegen. Aus dem Völkerwirbel des Südens tritt die Heroengestalt eines Gordon Pascha ehrfurchtgebietend hervor, und die Abenteuer eines Slatin Pascha schildern uns die an die Völkerwanderung des europäischen Mittelalters erinnernden Zustände des nördlichen Afrikas. Von ihrer Kulturmission begeisterte Pioniere wie Livingstone, Stanley, Emin Pascha und andere, schlagen unter unsäglichen Anstrengungen, unter Opfern an Blut und Leben, die ersten Pfade durch den Urwald, und wie die Naturforscher die neuentdeckten Pflanzen in ihren Herbarien sammeln, so füllen sie die weiße Fläche Innerafrikas auf der Karte mit gewaltigen Strömen, ausgedörrten Wüsten und schneebedeckten Gebirgen, mit Ansiedelungen und Landesgrenzen. — Gerade weil das Werk sich an die breiteste Masse der Leser und selbst an die Jugend richtet, wird es auf Jahrzehnte hinaus eine klassische Bedeutung haben, und diese zweite Weltreise „Von Pol zu Pol" wird bei ihrem vom ersten bis zum letzten Kapitel spannenden Inhalt, bei ihrer prächtigen Ausstattung mit farbigen und schwarzen Vollbildern und Textkarten und ihrem erstaunlich geringen Preis von 3 Mk. (gebunden) die gleiche Bewunderung bei der deutschen Lesewelt finden, die der erste Teil „Von Pol zu Pol" erregt hat. Die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. nimmt Bestellungen entgegen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Millionen von Hausfrauen schenken ihr Vertrauen seit fast zwei Jahrzehnten

Kreuzstern MAGGI's Würze mit dem Kreuzstern

weil sie hält, was sie verspricht.

Nachfüllen lasse man nur aus MAGGIs großer Originalflasche, da in dieser gesetzlich nichts anderes als MAGGIs Würze feilgehalten werden darf.

(941)

„MAGGIs gute, sparsame Küche".

Grosse Preisermässigung

Blaue reinwollene **Jacken-Kostüme** mit Seidenserge gefüttert, neue Fassons **18.50**

Jacken-Kostüme aus melierten und karierten Stoffen . . . **8.75**

Lange blaue Paletots neue Fassons aus gutem Cheviot mit Garnierung **8.75**

Sommer-Paletots halblang, aus melierten Stoffen **4.50**

Leinen-Paletots ca. 110 cm lang **4.75**

Leinen-Paletots ca. 130 cm lang **6.75**

Blaue und grau melierte **Kinder-Jacketts** für das Alter von 4—14 Jahren . . . . . alle Größen durchweg **2.50**

Blaue und grau melierte **Kinder-Jacketts** für das Alter von 6—14 Jahren . . . . . alle Größen durchweg **3.50**

Kinder-Waschkleider aus leinenart. Waschstoffen, für das Alter von 3—13 Jahren durchweg **2.50**

Kinder-Waschkleider Matrosen- u. Blusenform, in weiß u. gestreift, für das Alter von 6—13 Jahren durchweg **3.90**

Seidene Blusen Hemd- u. Kimonoform, in verschied. Farben **4.50**

Woll-Blusen aus Woll-Musselin in verschiedenen Fassons **3.50**

Weiße Golf-Jacken etwas angestäubt **10.50**

Modelle und elegante Konfektion **weit unter Preis.**

Gebr. Hirschfeld

Breite Straße 39=41.

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

(966

Hansa-Halle

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

958) J. Rieck.

Wakenitz-Bellevue

Heute Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

960) H. Fürböter.

Neu-Lauerhof.

110) Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Weisser Engel

Ratzeburger Allee 29.
Endstation Bahnlinie 4.
965) Jeden Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

Friedr.-Franz-Halle

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr.
959) Endstation Krankenhaus.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
103) H. Pagel.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:

99) **Ballmusik.**

Adlershorst. (101)

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Einsegel

95) Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag: (101) **Tanzkränzchen.**

Großes Jungfernfahren

am Sonntag, dem 16. Juni
in Moorgarten.
Anfang 4 Uhr.
Hierzu laden freundlichst ein (971
Die lustigen Damen u. F. Wehrend.

Konzerthaus Zauberflöte.

Neue Kapelle.
Ungarische Damen-Kapelle **Gora**
6 Damen, 1 Herr. (949
Eintritt frei!!!
Konzert von 7½ bis 1 Uhr.
Sonntags Anfang 4 Uhr.

Einladung zum

25jähr. Jubiläumsfest der freiwillig. Feuerwehr Stockelsdorf,

verbunden mit
Verbandsfest der freiwilligen Feuerwehren des Fürstentums Lübeck,
am Sonntag, dem 9. Juni.
2 Uhr: Antreten zum Festmarsch, Brandmanöver usw.
4 Uhr: Anfang des Konzerts einer 30 Mann starken Kapelle und Volksbelustigungen.
6 Uhr: **Ball** in 3 Lokalen.
Hierzu ladet ein
936) Der Vorstand.

Kalnbergs

Variété und Kabarett.
Gastspiel des Variete-Ensemble
Wien-Berlin. (101
Beginn 8 Uhr. Entree 40 Pfg.

Hansa-Theater.

Gastspiel
Intimes Theater aus **Hamburg.**
Gewöhnliche Preise.
Voranzeige:
Montag, den 10. Juni:
Volkstümlicher Abend
mit vollständigem Programm
Eintritt auf allen Plätzen
50 Pfg. (972

Arbeit.-Radfahr.-Verein Lübeck.

Einladung zum

19. Stiftungs-Fest

verbunden mit 635
Herren-Preisschießen, Damen- und Kinder-Vergnügen, sowie nachfolgendem Ball

am Sonntag, dem 9. Juni 1912, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Von 4—6 Uhr Konzert im Garten. Herren-Preisschießen von 11—1 Uhr vorm. und von 4—7 Uhr nachm. Eintritt 50 ₰, eine Dame frei. Einzelne Dame 20 ₰, wofür Garderobe. Aufstellung zur Korsofahrt präzise 2½ Uhr auf dem Warendorpplatz.

Um 10 Uhr: **Großes Humoristikum.**
Einmaliges Gastspiel der berühmten Reichstagskapelle.

Das Komitee.

NB. Ziehung der Tombola am Montag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Die Tombolalose, die bis dahin nicht abgeliefert sind, gelten als verkauft. Diejenigen Genossen, die noch Tombolalose haben, müssen sie beim Genossen Heitmann abliefern.

Arbeiter-Turnverein „Frisch auf"

Moisling und Umgegend.

Einladung zum Sommer-Fest

verbunden mit turnerischen Aufführungen
am Sonntag, dem 9. Juni
im Lokale des Herrn Schreiber, Kaffeehaus Moisling.
Anfang 6 Uhr. Karten im Vorverkauf 60 Pfg., an der Kasse 80 Pfg.
938) **Das Komitee.**

Regelmäßige Dampferverbindung Travemünde–Kellenhusen–Dahme per Salondampfer „Hollmann"
— täglich 11 Uhr vormittags ab Travemünde. —

Gr. Sonderlustfahrt

nach Travemünde
Sonntagmorgen 9 Uhr, nur ab Travenpavillon
mit dem auf das eleganteste eingerichteten
Salon-Schnelldampfer „Sadowa".
Preis 50 Pfg. einfache Fahrt, Kinder 30 Pfg. (934

Konzerthaus „Flora".

961) Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr. Gustav Wirthel.
Am Mittwoch, den 29. Juni, Weisenfinderfest: **Großes Tanzkränzchen.**

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei. (945) Gustav Gipp.

Sarrasani

Burgfeld. Telephon 9076.

Sonntag 3 Uhr und 7½ Uhr:
Abschieds-
2 Gala-Vorstellungen 2
Vorm. 11—12 Uhr: **Tierschau,** verbunden mit Doppelkonzert.
Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. (952

Bei meinem Scheiden von Lübeck gestatte ich mir, der Einwohnerschaft von Lübeck und Umgebung, den Behörden u. der Presse meinen ergebenen Dank zu sagen für die geneigte Unterstützung meines Unternehmens. Ich verdanke ihr den schönen Erfolg, dessen Zeuge ganz Lübeck gewesen ist.

Auf Wiedersehen! **H. Stosch-Sarrasani.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 132. Sonnabend, den 8. Juni 1912. 19. Jahrg.

Unsere Sozialpolitik für Angestellte.

Zu den Neuregelungen des Sonntagsruhe-, des Konkurrenzklausel- und des Patentgesetzes.

Mit der Ausdehnung und Verfeinerung, Komplizierung der großkapitalistischen Produktion ist nicht nur die Zahl der Lohnarbeiter im engeren Sinne so gewaltig in die Höhe geschnellt; ebenso hat sich auch die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten in den letzten Jahrzehnten vervielfacht. Und wie der Werkstattproletarier, muß sich auch der Angestellte damit abfinden, daß er zeit seines Lebens in anderer Dienst bleibt, da keinerlei Aussicht besteht, daß er jemals kapitalkräftig genug wird, um einen eigenen konkurrenzfähigen Betrieb eröffnen zu können.

Ebenso wie der Arbeiter für das Unternehmertum ein Objekt der Profitmacherei, bedarf der Angestellte heute mehr denn je des gesetzlichen Schutzes vor der privatwirtschaftlichen Ausbeutung, bedarf einer sozialpolitischen Gesetzgebung, die ihn als Menschen und Staatsbürger gegen die Übermacht des Kapitals sichert. Auch ihm gegenüber zeigt sich aber die Langsamkeit, ja, das vollkommene Versagen der Gesetzgebungsmaschine. Bestenfalls doktert man an einigen Kleinigkeiten herum, macht ein Mordsgeschrei von dieser „Fürsorge" für die breite Schicht der Privatbeamten und läßt die kreißenden Berge schließlich ein winzigkleines Mäuslein gebären. Nach dem Prinzip „divide et impera!" (Teile und herrsche!) hält man obendrein strenge darauf, daß die Gesetze für die verschiedenen Kategorien von Privatangestellten stets verschieden aussehen, — erst recht natürlich bemüht, Angestellte und Arbeiter trotz ihrer hundertfachen gemeinsamen Interessen rechtlich verschieden zu behandeln.

So sieht es denn auch mit den drei „Reformen" aus, die — angeblich wenigstens — die Regierung in nächster Zeit am Angestelltenrechte vornehmen will. Für die eine liegt tatsächlich auch bereits ein Regierungsentwurf vor; er betrifft die Neuregelung der Sonntagsruhe. Natürlich wieder das alte Prinzip: Nur die für die Handlungsgehilfen gültigen Vorschriften sollen aus den allgemeinen Bestimmungen der Gewerbeordnung herausgenommen und revidiert werden. Die Vorschriften für die Arbeiter und technischen Angestellten, die in der Gewerbeordnung gleichzeitig gegeben sind, bedürfen gewiß auch einer Reform; es genügt entschieden nicht, was hier den Arbeitern und Aufsichtsbeamten jener Betriebe, in denen Sonntagsarbeit gestattet ist, als Entschädigung zugebilligt wird; ganz abgesehen davon, daß nach den bestehenden Vorschriften eine dreistündige Sonntagsarbeit überhaupt nicht durch Freilassung eines anderen Arbeitstages oder sonst irgendwie entschädigt zu werden braucht. — Aber auch, was den Handlungsgehilfen mit ihrer Extrawurst nun geboten wird, genügt nicht einmal den geringsten Ansprüchen. Den Kontorangestellten, die bereits heute, wenigstens in der Praxis, von jeder Sonntagsarbeit befreit sind, billigt der neue Gesetzentwurf diese volle Sonntagsruhe noch nicht einmal unbedingt zu: vielmehr kann die Verwaltungsbehörde für sie auch eine zweistündige Sonntagsarbeit für zulässig erklären. Den Ladenangestellten, die bislang fünf Stunden allsonntäglich beschäftigt werden durften, aber sich in vielen Orten bereits beträchtlich kürzere Arbeitszeiten erkämpft hatten, beschränkt der Regierungsentwurf ihre Sonntagsarbeit ausgerechnet um eine oder bestenfalls zwei Stunden. Das ist die Antwort auf die dringliche, so lange und energisch propagierte Forderung der Handelsangestellten auf die volle Sonntagsruhe!

Und wahrhaftig, das war und ist doch keine unbillige Forderung: Wer tagaus, tagein, von früh bis spät seinen Geschäften nachgehen muß, der bedarf zweifellos eines Tages, an dem er sich einmal völlig seiner Familie, seiner Erholung widmen kann. Und es ist sehr wohl möglich, den Angestellten diesen freien Sonntag zu schenken. Natürlich ist es für das Publikum sehr bequem, auch am Sonntag so und so viele Stunden lang alle Geschäfte offen zu finden. Aber diese Bequemlichkeit muß nun einmal vor der Gesundheit und der geistigen Frische einer halben Million Handlungsgehilfen zurückstehen. Die üblichen Sonntagseinkäufe können auch alltags gemacht werden. Daß der Bäcker, Metzger und Milchhändler nötigenfalls seinen Laden am Sonntag doch noch zwei Stunden offen hält, mag man ja auch noch zugestehen. Der Einwand, daß die Landbevölkerung den Sonntag zum Einkaufen braucht, ist hinfällig: auch an den Markttagen kommen die Landleute in die Stadt. Alles in allem: Auch für die Besitzer der Geschäfte würde die volle Sonntagsruhe keinen erheblichen Ausfall bedeuten. Die Angst der Ladeninhaber sieht viel zu schwarz. Aber das genügt schon, um unsere Regierung gegen die so berechtigten Wünsche der Angestellten wie aller Sozialhygieniker taub zu machen. Sie fühlt sich als Beauftragte der Besitzenden, der Arbeitgeber. Gerade in dem Gesetzentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe kommt es deutlich genug zum Ausdruck: nicht nur in seiner Fassung, sondern auch in der Art und Weise, wie es zustande kam. Dem deutschen Handelstag, der vornehmlich die Interessen der kaufmännischen Arbeitgeber vertritt, wurde der Gesetzentwurf noch vor seiner Veröffentlichung zur Einsicht und Beurteilung vorgelegt. Eine Organisation von Handelsangestellten, die gleichfalls um Einsicht gebeten hatte, erhielt eine glatte Ablehnung. Und das Organ des Handelstages dürfte schließlich den Wortlaut des Entwurfes auch der weiteren Öffentlichkeit unterbreiten.

Der Regierungsvorschlag ist ein Hohn auf eine wahrhafte, durchgreifende Sozialpolitik; man sollte es für ausgeschlossen halten, daß er die Billigung des Reichstages findet. Aber freilich, wie dieser sich heute noch zusammensetzt, muß man sich ja immer auf Halbheiten, ja auf sozialpolitische Schändlichkeiten gefaßt machen.

Nicht minder dringlich als die Neuregelung der Sonntagsruhe ist das zweite Gesetz, das die Regierung angekündigt hat, das neue Bestimmungen über die Zulässigkeit von Konkurrenzklauseln enthalten soll. Es liegt noch nicht im Wortlaute vor, doch lassen die Äußerungen der Regierungsvertreter bereits deutlich genug erkennen, wohin der Hase laufen soll.

Hunderte, ja Tausende von Konkurrenzklauseln werden alljährlich abgeschlossen, — von einer solchen Rigorosität und Härte, daß man die Faust in der Tasche ballt. Der Angestellte muß sich fügen, muß Ja und Amen sagen, auch wenn er bei einem Gehalt von jährlich 1200 oder 1800 Mk. versprechen muß, zwei, drei Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Stellung bei keiner Konkurrenzfirma „innerhalb Deutschlands, Englands, Frankreichs, der Schweiz, Österreich-Ungarns" — oder wie weit sonst noch mitunter die Grenzen gezogen werden — einen Posten anzunehmen oder sich selbst zu etablieren, andernfalls er eine Konventionalstrafe von so und so viel tausend Mark zu zahlen hat. Was will so ein armer Schlucker machen? Er ist froh, wenn er bei dem Überangebot von Arbeitskräften irgendwo unterkriechen kann, und die Angestelltenorganisationen, soweit es ihnen überhaupt Ernst ist um die Bekämpfung der Schäden im Arbeitsvertrage, sind noch zu schwach, um erfolgreich solche Konkurrenzklauseln bekämpfen zu können. Da muß eben der Gesetzgeber eingreifen, muß verhindern, daß der wirtschaftliche Machthaber seine Macht ausnutzt, um in solcher Art und Weise seine Angestellten in Ketten zu legen.

Hier und dort versucht man die Konkurrenzklausel damit reinzuwaschen, daß man erklärt, sie wäre nötig, um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vor dem Verrat an andere Unternehmungen zu sichern. Du lieber Gott! wieviele Angestellte erfahren wohl heut Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse! Und gegen deren Verrat (wo es wirklich welche geben sollte) könnte auch schon das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb angewandt werden. In Wirklichkeit handelt es sich aber auch garnicht um die Sicherung irgendwelcher Geheimnisse; es handelt sich einfach darum — wie der Name ja auch schon sagt —, daß der Arbeitgeber sich alle Konkurrenz vom Leibe halten will, die ihm sein ehemaliger Angestellter durch Arbeitsleistungen in einem anderen Betriebe machen könnte. Das Bestreben ist verständlich, — aber unverständlich ist, daß die Gesetze solchen Tendenzen Vorschub leisten, indem sie alle möglichen Konkurrenzklauseln für zulässig erklären; daß diese Gesetze sich dazu hergeben, in erster Linie den Unternehmerprofit zu schützen, ohne Rücksicht auf den Angestellten, der durch solche Klauseln auf Jahre hinaus gehindert ist, von seinen Kräften und Fähigkeiten Gebrauch zu machen, volkswirtschaftlich wertvolle Güter zu erzeugen und für sich und die Seinen dadurch die Möglichkeit einer Existenz zu schaffen. Es sind Fälle genug bekannt, wo Angestellte, durch solche Konkurrenzklauseln gebunden, gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, wo andere in Not und Elend gerieten, weil sie nirgends Unterkommen fanden, ja, wo manche gar in ihrer Not und Verzweiflung Hand an sich selber legten.

Eine kleine Wendung zum Besseren ist insofern eingetreten, als die Gerichte heute doch nicht mehr so scharf wie früher gegen die Verletzung von Konkurrenzklauseln vorgehen: Man hat Konkurrenzklauseln für unsittlich, für null und nichtig erklärt; man hat in anderen Fällen die Konventionalstrafen für ihre Übertretung wenigstens herabgesetzt. Aber eine Einheitlichkeit der Rechtsprechung herrscht nicht. Immer wieder hört man auch von überaus rigorosen Urteilen. Es ist ein großes Risiko für einen Angestellten, es auf den Richterspruch ankommen zu lassen.

Dem soll nun das zu erwartende Gesetz abhelfen. Aber „frag' mich nur nicht wie!" .... Nach dem, was bislang an die Öffentlichkeit drang, kann kein Zweifel mehr bestehen, daß auch dies Gesetz sich nur — auf die kaufmännischen Angestellten erstrecken soll. Und das, obgleich verhältnismäßig sicherlich vier-, fünfmal mehr technische als kommerzielle Angestellte mit Konkurrenzklauseln behelligt werden. Dort, wo ein Verbot dieser Knebelbestimmungen am notwendigsten wäre, unterläßt man es wohlweislich!! — Aber wird denn wenigstens für die Handlungsgehilfen ein „Verbot" herauskommen? Auch hier wird man leider sagen müssen: Nein, nicht im geringsten. Man beabsichtigt nur, soweit man aus den mehr oder weniger geheimnisvollen Andeutungen entnehmen

Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(15. Fortsetzung.)

Er ging zu dem Tisch, lupfte grüßend die hohe Fischotterkappe und tat dem Rothenbauer Bescheid, der ihm den Bierkrug entgegengestreckt hatte. Ihn zurückgebend, sagte er: „Kann man auch ein wenig hersitzen zu der Gesellschaft?"

Der Bauer vom Dorf war bereits weitergerückt. Auf den leeren Stuhl zur Linken der Sophie deutend, sagte er wohlgefällig: „Hier, Vetter Hechtfischer, hier ist Platz für dich!"

Schorsch setzte sich.

Die Ansprach, die hierauf begann, wollte jedoch nicht recht in Fluß kommen.

Der Bursche hatte die etwas feierliche Haltung, womit er zu dem Tisch getreten war, abgelegt und schlug in Fragen und Antworten einen scherzenden Ton an. Aber es gelang ihm nicht recht, einen munteren Diskurs in Gang zu bringen.

Unstreitig hatte daran am meisten die Sophie schuld, die aus ihrem Nachdenken nicht herauszureißen war. Doch war auch der Bursche nicht ganz der alte. Die lustigen Reden, die er führte, gingen ihm nicht so von Herzen, daß sie ansteckend wirken konnten. Es war, als ob er durch eine geheime Sorge beschäftigt und bei seinen Scherzen nicht ganz anwesend sei!

Der jungen Base kam das kurios vor. „Aber freilich," sagte sie sich, „wie gehts nicht oft? Grad' da ist man zuweilen geniert, bis das Eis gebrochen ist! — Nun, es wird schon noch kommen!"

Schorsch ergriff endlich das Mittel, das ihm die Kirchweih bot. Er forderte Sophie zum Tanzen auf und führte sie in den Reihen hinaus.

Der Sonnenwirt hatte einen schönen, hellen, geräumigen Tanzboden. Man konnte darin auch gut zusehen, und viele gönnten sich dies Vergnügen. Wie der Schorsch mit der Sophie erschien, mehrten sich die Zuschauer, und auch einige von den Herrschaften kamen aus der Nebenstube herbei.

In der Tat war's ein auffallendes Paar. Die Schönheit ihrer Gestalten, der Glanz ihres Anzuges, die Würde ihrer Haltung und die Vortrefflichkeit ihres Tanzens interessierte selbst die Honoratioren.

Was das Tanzen betraf, so war es von dem städtischen kaum mehr zu unterscheiden. Die ländlichen Füße hüpften bereits mit einer Leichtigkeit, die nichts mehr zu wünschen übrig ließ.

An dem Tanzboden und der abgerissenen Unterhaltung mit seiner Tänzerin begnügte sich übrigens der Bursche; das Vorsingen, Juxen und Strampfen, worin er sonst ein Meister war, überließ er jüngeren Kräften. Zu allem, was Aufsehen erregt hätte, war er jetzt zu vornehm geworden.

Die Bewegung und der wahrgenommene Erfolg röteten allmählich die Gesichter unseres Paares; die Herzen tauten wieder auf. Schorsch machte seine gelegentlichen Bemerkungen mit einem zärtlichen Lächeln; mit hingebendem Lächeln wurden sie aufgenommen und beantwortet.

Als sie, müde geworden, in die Stube zurückgingen, glänzten ihre Mienen. Schorsch bot der Tänzerin ein Glas Wein an, den er sich hatte auftragen lassen. Er selber tat nach ihrem Nippen einen tüchtigen Schluck und setzte sich neben sie.

Die Geister waren erregt und ein lebhaftes Gespräch machte sich von selbst. Die Wirtin brachte eine „Maß" Kaffee mit „gerührtem Goglopfen", ihrem feinsten Gebäck. Sophie schenkte ein und teilte den Goglopf aus. Er war sehr gut geraten, ebenso der Kaffee. Man pries die glückliche Wirtin in ihr hochgerötetes Angesicht, und sie ging innig zufrieden in die Küche hinab.

Der Bursche, als er das Vergnügen so gut im Gange sah, schaute mit einer Miene vor sich hin, die Behagen und frohen Stolz ausdrückte. Er war Herr geworden über seine Gedanken, Herr über sich selbst. Der Mut schwoll in seinem Herzen empor — seine Züge wurden heroisch und Triumph leuchtete aus ihnen.

Lange hatte er gekämpft; aber endlich kam ihm der Sieg entgegen! Eine kurze Spanne Zeit noch, und er war, was er sein mußte! — — Nicht alles, was er vorgenommen hatte, war ihm geglückt, und von zwei Seiten drohten ihm Hindernisse aufzustehen gegen seinen Zweck. Nun fand aber in zwei Tagen die Verlobung mit dem Mädchen statt, welche schon jetzt wie seine Braut neben ihm saß; und die Hochzeit folgte so bald als möglich!

Nochmal ging ein Schatten über sein Angesicht. Aber entschlossen richtete er in seinem Stuhl sich auf und ein geringschätziges Lächeln zuckte um seine Lippen.

Plötzlich horchte er: seine Züge gewannen den Ausdruck des Vergnügens. — Die Musikanten hatten eine jener alten künstlichen Weisen angefangen, die man unter dem Namen „Schweinauer" zusammenfaßt und die von dem Rieser, trotz der neuen, die er zugelernt hat, immer noch sehr gut getanzt werden. Der Schweinauer besteht aus einer Mischung von Walzerschritten, wobei sich das Paar sukzessiv — und Dreherschritten, wobei es sich mit einem Schwung um sich selber dreht. In jedem dieser Tänze wechseln die verschiedenen Pas anders, einzelne sind ziemlich verschränkt und man muß sie gut im Gedächtnis haben — man kann sich also durch fehlerloses Tanzen sehr auszeichnen! — Ihrer so sicher, wie der neuen und neuesten, empfand Schorsch ein Verlangen, darin etwas zu leisten, und rief nun mit einem Ton fröhlicher Bitte: „Sophie, da müssen wir mittanzen!"

Die Sophie, nachdem sie sich ein wenig besonnen, erhob sich lächelnd und ging mit ihm auf den Tanzboden.

Unsere Leute tanzten die begonnene Weise und dann die schwierigeren, die folgten nicht nur ohne Fehler, sondern mit einer Zierlichkeit, wie sie auf dem Land selten vorkommen wird. Der Bauernbursch vom Dorf, der beim letzten Reihen mit seinem Schatz drausgekommen war, hörte auf und schaute den beiden zu. Dann trat er zu ihnen und sagte: „Schorsch, du bist halt immer noch der Meister! Aber eine Tänzerin hast du schon auch, die einen aufrichten kann! Bei uns", setzte er mit einem launigen Blick auf die seinige hinzu, „bringt eins das andere aus dem Text!" — Es versteht sich, daß unser Paar höflich widersprach. Aber Schorsch fühlte sich gereizt, seine Meisterschaft noch mehr an den Tag zu legen. Er trat mit Sophie in die Mitte der eben stehenden Paare und sagte: „Den nächsten wollen wir einmal herumtanzen, ein Paar hinter dem andern! — Seid ihr einverstanden? — Spielt, Musikanten!"

Um seiner Eigentümlichkeit willen führt man den alten Volkstanz gewöhnlich in kleinem Kreis aus, so daß jedes Paar sein Plätzchen für sich hat. Man kann aber auch den vorgezeichneten Schrittwechsel vollziehen, indem der große Kreis des ganzen Tanzbodens eingehalten wird; wenn das ungleich schwieriger ist, so bringt das Gelingen auch um so mehr Ehre, — und diese war's, die Schorsch erstrebte.

Fünf Paare tanzten mit. Die drei ersten Reihen gingen auch bei ihnen lediglich. Bei der vierten hielt sich nur unser Paar noch auf der Kreislinie des Platzes.

Damit hatte das Zwischenspiel ein Ende.

Schorsch und Sophie waren hoch gerötet und atmeten rascher; denn solches Tanzen ermüdet auch die besten Lungen. Aber der Lohn der Anstrengung folgte in rührenden Zurufen — in allgemeinem Beifall, den man freilich nicht nur den ausgezeichneten Tänzern, sondern den Reichen und den Gästen spendete!

kann, die Einführung der sogen. „bezahlten Karenz". Das heißt, der Abschluß aller Konkurrenzklauseln soll gültig sein, wenn der Unternehmer sich verpflichtet, seinem Angestellten für jene Zeit, da er infolge der Bindung durch die Klausel keine andere geeignete Stellung finden kann, das Gehalt weiterzuzahlen. Wahrscheinlich nicht einmal das volle, sondern nur einen Teil. Aber auch wenn die Verpflichtung das ganze Gehalt umfassen sollte, wäre eine solche Regelung der Frage nur ein recht zweifelhafter Vorteil. Zunächst für den Angestellten: denn für ihn kommt es nicht nur darauf an, daß er während der Jahre seiner Gebundenheit satt zu essen hat, — er muß auch darauf sehen, daß er nach dem Ablauf dieser Frist wieder eine geeignete Stellung findet; und die Tatsache, daß er so und so viele Jahre gefeiert und seine Geschäftsroutine wahrscheinlich eingebüßt hat, wird ihn einem künftigen Chef wohl nicht gerade empfehlen. Und eine schwere Benachteiligung ist es auch, daß er während dieser ganzen Zeit nicht imstande ist, sich zu „verbessern", zuzugreifen, wo sich ihm eine besser bezahlte als die alte Stellung bietet. Sodann volkswirtschaftlich: Auch hier läuft es auf eine Schädigung der Gesamtheit hinaus, wenn eine gesunde Kraft künstlich unproduktiv gehalten wird.

Überdies wird man abwarten müssen, mit welchen Blüten die Regierung den Gesetzentwurf sonst noch ausstaffieren wird, damit er in den Kreisen ihrer Gefolgschaft, bei den Kapitalisten und Arbeitgebern, Anklang findet. Daß die Rücksichtnahme auf jene Leute auch bei diesem Gesetzentwurf bestimmend mitwirken wird, hat man schon heute, wenn auch nur verblümt, zu verstehen gegeben.

Die dritte Frage aus dem Gebiete des Angestelltenrechtes, die unsere für das Wohl der arbeitenden Klassen besorgte Regierung unter dem Herzen trägt, ist eine Reform des Patentgesetzes, die auch die Interessen der technischen Privatbeamten berücksichtigen soll. Schon seit Jahren geht man im Reichsamt des Innern mit dieser Angelegenheit schwanger. Und noch immer weiß man nicht, wann die Geburt des Gesetzentwurfes zu erwarten ist, geschweige denn, welches Aussehen die Geburt haben wird. Die Herren berufen sich darauf, daß es sich hier um ein besonders schwieriges Problem handele. Und darin haben sie nicht ganz unrecht. Aber wenn man sich die heutigen Zustände ansieht, wird man sofort erkennen, daß sie es zu einer schreienden Notwendigkeit machen, die Lösung dieses Problems etwas mehr als bislang zu beschleunigen.

Was unser Patentgesetz so ungeheuerlich, so nachteilig insbesondere für die technischen Angestellten macht, ist der Umstand, daß nach ihm eine Erfindung dem jeweiligen Anmelder gehört, ohne Rücksicht darauf, ob er auch der Erfinder ist oder mit welchem Rechte er in den Besitz der Erfindung gelangt ist. Nicht selten liegt es nur so, daß der Anmelder und spätere Besitzer des Patents ein Unternehmer ist, — daß der Erfinder aber nicht er selbst, sondern einer seiner Angestellten war. Das Gesetz hat nichts dagegen, daß ein Arbeitgeber sich zum Eigentümer aller Erfindungen seiner Arbeitnehmer macht. In ungezählten Verträgen zwischen Fabrikherrn und Ingenieuren, Technikern usw. ist ausdrücklich vermerkt: Erfindungen gehören der Firma. Und wo ein solcher Passus fehlt, ist es auch noch so. Wenigstens hat das oberste Gericht in solchen Fällen bereits mehrfach entschieden, daß der Arbeitgeber die Erfindung für sich beanspruchen darf. Allerdings mag bemerkt werden, daß auch gegenteilige Urteile nicht fehlen. Was nützt das aber, da der Angestellte bestenfalls auf einen Zufall angewiesen ist, vor welchem Senat des Reichsgerichtes er eben steht, was nützt es vor allem, wo in der Regel ja schon sein Vertrag das Anrufen des Gerichtes unmöglich macht!

Man begründet die Ansprüche des Unternehmertums auf Erfindungen von Angestellten von zwei Gesichtspunkten aus: Die eine Richtung leitet sie ab aus der Abhängigkeit des Angestellten von den Maschinen, Präparaten und der gemeinsamen Arbeit aller Angestellten und Arbeiter im Betriebe, die andern aus der Tatsache, daß der Angestellte sich mit seiner ganzen Kraft, all seinen Fähigkeiten dem Unternehmer verkauft habe. Von dem letzteren kann kaum die Rede sein, — wenn man das Arbeitsverhältnis nicht in bedenkliche Nähe der alten Sklaverei bringen will, wo ja tatsächlich der Mensch mit seiner ganzen Kraft seinem Herrn gehörte. Heute muß es durchaus als Regel gelten, daß der Arbeitnehmer seine Kraft und Fähigkeit nur für eine spezielle Art von Tätigkeit vermietet, die gewiß der eine schneller und geschickter, der andere langsamer und weniger geschickt ausüben wird, die aber nicht verpflichtet, dem Arbeitgeber auch solche Leistungen zu überlassen, die mit der Erfüllung der eigentlichen Dienstpflicht nichts zu tun haben, wie es ja doch bei patentfähigen Erfindungen der Fall ist. — Richtig ist, daß der Erfinder wesentlich beeinflußt werden dürfte durch das Material, mit dem er die tägliche Arbeit verrichtet, durch die Erfindungen, die andere vor ihm gemacht haben, durch das Schaffen all seiner Mitarbeiter. Aber wie in aller Welt soll das dem Unternehmer den Anspruch auf die Erfindungen geben, der doch die vorhandenen Maschinen und Materalien nicht erfand und der doch nicht der Träger aller Ansprüche der Mitarbeiter ist! Soweit man diesem oder jenem eine bewußte oder wesentliche Mitwirkung bei der Erfindung zusprechen kann, mag er als Miterfinder seine Ansprüche geltend machen. Wo es sich um unbewußte, unwesentliche Vor- oder Mitarbeit handelt, wird man sie unbeachtet lassen müssen, — wenigstens so lange das heutige Wirtschaftssystem besteht, das sich ja ganz allgemein darauf gründet, daß derjenige den Gewinn erhält, dem eine Spekulation geglückt ist, ohne Rücksicht auf diejenigen, die, ohne es zu wissen oder zu wollen, ihn dazu angeregt haben. Wenn man das den Besitzenden, wirtschaftlich Unabhängigen konzediert, soll man für die Angestellten, die wirtschaftlich Abhängigen, kein Ausnahmegesetz schaffen.

Summa Summarum: Das Gesetz muß feststellen, daß die Erfindungen Eigentum der Angestellten sind; daß sie die Ehre haben, daß sie ihre Erfindungen selbst und nach Belieben verwerten können. Will man dem Unternehmertum entgegenkommen, dürfte ein „Vorkaufsrecht" genügen. Ganz unhaltbar ist es jedenfalls, daß sie das schrankenlose Recht haben, sich ohne jede Entschädigung in den Besitz der Angestellten-Erfindungen zu setzen.

Ganz abgesehen von dem schreienden Unrecht gegenüber den Arbeitnehmern ist dieser Rechtszustand wiederum auch volkswirtschaftlich höchst bedenklich. Tatsache ist, daß heute Hunderttausende von Angestellten gar kein Interesse haben, Erfindungen zu machen, ja, sogar gemachte Erfindungen der Öffentlichkeit, der Ausnutzung vorenthalten. Sie sagen sich: Was habe ich für ein Interesse daran, daß sich mit meiner Erfindung mein Herr Chef bereichert, dadurch am Ende die Mittel erhält, seine Macht uns, den Angestellten gegenüber, noch mehr als bisher auszunutzen? — Und so unterbleibt die Einführung von Produktionsmitteln, von Fabrikaten, die volkswirtschaftlich sehr nützlich sein könnten, da sie geeignet wären, die Versorgung des Volkes zu erleichtern und zu beschleunigen, den Arbeitenden bei gleicher Gütererzeugung ein Mehr an freier Zeit zu gewähren, — wenigstens, soweit sie nicht die Macht der Besitzendem um diese Vorteile bringt. —

Nicht, als ob die Wünsche der Angestellten erfüllt wären, wenn Sonntagsruhe, Konkurrenzklausel, Erfinderrecht auch nach ihrem Verlangen geregelt würden. Es gibt noch so unendlich vieles, was unbedingt ein schnelles, energisches Eingreifen der Gesetzgebung erheischt: Von einer Sicherung der Grundlage alles solidarischen, auf der Selbsthilfe beruhenden Handelns, des Koalitionsrechtes und der Vereinheitlichung der Dutzende von Spezialgesetzen zu einem einheitlichen Rechte zu einer Sozialisierung dieses Rechtes in hundert Einzelheiten: Anspruch auf Sommerurlaub, Achtstundentag, Kontrollausschüsse in den Großbetrieben, besseres Kündigungsrecht u. s. f.

Und der konsequent zu Ende denkende Angestellte wird auch bei all dem nicht Halt machen. Er wird erkennen, daß er erst dann sein „Recht" erhält, wenn er mit der Gemeinschaft seiner Mitarbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält, ohne daß der Profit des Kapitalisten, der im Besitz der Produktionsmittel ist, einen oft so erheblichen Teil davon wegfrißt: wenn der Sozialismus die Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft übergeführt und alle Sklavenketten gebrochen hat.

S. Nestriepke.

Gewerkschaftsbewegung.

Urabstimmung über die Verschmelzung des Schmiedeverbandes mit dem Metallarbeiterverband. Auf der Generalversammlung des Zentralverbandes der Schmiede in Düsseldorf ist gestern morgen beschlossen worden, eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob am 1. Oktober 1912 die Verschmelzung des Verbandes der Schmiede mit dem Metallarbeiterverbande vor sich gehen soll.

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Neukölln. Eine Versammlung der städtischen Arbeiter vom 5. Juni beauftragte den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Verhandlungen mit dem Magistrat einzuleiten zwecks Neuregelung der Arbeitsbedingungen. Als Grundlage für diese Verhandlungen stellte die Versammlung folgende Forderungen auf: Die Neuregelung der Arbeitsbedingungen erfolgt auf der Grundlage eines zwischen der Städteverwaltung und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter abzuschließenden Tarifvertrages. Dieser Tarif soll enthalten: 1. Entlohnung: a) Einführung von Wochenlöhnen an Stelle der bisherigen Stundenlöhne und Tagelöhne. Aufbesserung der Löhne um mindestens 2 Mk. pro Woche. b) Bezahlung der Überstunden mit 25 Proz., der Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Proz. Aufschlag. 2. Arbeitszeit. a) Die achtstündige Schicht für alle kontinuierlichen Betriebe. b) Die neunstündige Arbeitszeit für alle übrigen Betriebe exklusive des Omnibusbetriebes und des Pflege- und Hauspersonals des Krankenhauses. c) Die zwölfstündige Arbeitszeit für den Omnibusbetrieb und das Pflege- und Hauspersonal des Krankenhauses.

Der Streik in der Görlitzer Waggonfabrik dauert nun schon die zehnte Woche. Die Arbeiter hatten beim Vorsitzenden des Gewerbegerichts um Verhandlungen vor dem Einigungsamt nachgesucht, die Firma aber hatte Verhandlungen abgelehnt. Um die Handlungsweise der Firma ins rechte Licht zu rücken, sei der neueste Trick von ihr erwähnt, den sie nach der Ablehnung der Verhandlungen in die Welt setzte. Bemüht sich nämlich jemand auf Grund der Inserate um Arbeit, so schreibt sie ihm, daß er ruhig anfangen könne, denn die Arbeiter seien ordnungsgemäß entlassen worden. Mit der übrigen Belegschaft würde weiter gearbeitet, die Betriebsleitung hätte im Laufe des Monats die Zahl der Arbeiter auf ungefähr 900 gebracht. Es seien zwar der Bahnhof und die zum Werke führenden Straßen noch mit Streikposten besetzt, aber das sollte die Arbeiter von der Arbeitsannahme nicht abschrecken. Tatsache ist, daß noch weit über 900 Leute draußen sind, auch stimmt die Zahl derjenigen nicht, die in dem Betriebe arbeiten, denn wenn man die Meister und Beamten abzieht, die da alle bei den 900 mitgezählt sind, so bleiben einschließlich der Kaczmarek-Leute 700 Arbeiter, die in dem Betriebe arbeiten. Und 1600 Arbeiter sind, wenn der Betrieb normal geht, beschäftigt. Es ist also der Streik nicht als erledigt anzusehen. Die Firma will durch diesen Trick nur versuchen, Leute nach Görlitz zu locken. Agenten tauchen in Waldenburg, Posen, Breslau, Berlin, Reichenberg i. Böhmen und an anderen Orten auf, die auf Grund dieses Tricks Leute fangen, leider zum Teil mit Erfolg. Die Arbeiter aller Orte werden dringend ersucht, Angebote der Agenten abzulehnen. Die Sache der Streikenden steht besser als je. Wenn die Firma keine leistungsfähigen Arbeitskräfte erhält, dann wird die Situation für die Streikenden mit jedem Tage günstiger. Deshalb muß der Zuzug nach der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial in Görlitz für Arbeiter aller Branchen streng ferngehalten werden.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. Die Granitarbeiter im Bezirke Häslicht-Dätzdorf (Schlesien) haben vor einigen Wochen eine umfangreiche Tarifvorlage eingereicht. Am 6. Juni haben nun die Schlußverhandlungen stattgefunden. Es konnte erstmalig für 850 Steinarbeiter ein Tarif zum Abschluß gebracht werden. Damit ist in jenem Gebiete mit einem Schlage das wilde Akkordsystem beseitigt; überdies konnten noch wesentliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter herausgeholt werden. Die Schiedsgerichtsordnung, die im großen Bezirk Striegau Gültigkeit hat, wurde ebenfalls in Häslicht zur Anerkennung gebracht. Es ist bezeichnend, daß noch vor drei Monaten die Unternehmer glaubten, durchsetzen zu können, daß ein Tarif nicht zum Abschluß kommen würde. Die Organisation der Arbeiter hat in den letzten Monaten im schlesischen Bezirk außerordentliche Fortschritte gemacht. In Kalthaus (Schlesien) konnten in den Provinzialwerken etwa 150 Pflastersteinarbeiter ebenfalls einen günstigen Lohntarif zur Anerkennung bringen. Die Lohnerhöhung beträgt pro Jahr und Mann zirka 100 Mk. Mit der Firma Kramer sind die Tarifverhandlungen im Gange, eine Einigung steht zu erwarten. Nach Dürrarnsdorf (Kreis Neisse) haben die Steinarbeiter Zuzug streng fernzuhalten. Die Firm Jacobowitz hat jedes Lohnzugeständnis abgelehnt. Im Pflastersteingebiet Wurzen-Grimma mußte der Streik der Pflastersteinmacher bedingungslos abgebrochen werden. Dadurch wurde die Organisation gerettet, und es kann bei günstiger Gelegenheit der Kampf von neuem aufgenommen werden. Bezeichnend ist es, daß Herr Direktor Lutzny in naiver Weise verlangte, daß die Arbeiter aus dem Verbande austreten sollten. Die Arbeiter lehnten dieses Verlangen glatt ab.

„Verwendung von Arbeitergroschen". Alljährlich zur Zeit der sauren Gurke bemüht sich irgend ein bürgerlicher Zeitungsschreiber vergeblich, die Abrechnung der Gewerkschaften zu verstehen. Diesmal hat sich anscheinend ein Beauftragter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie der für ihn nutzlosen Mühe unterzogen, die Abrechnung des Schneiderverbandes zu zergliedern. Er hat darin entdeckt, daß für einen Posten von 323 251 Mk. jeder Nachweis fehlt, und er hat diese exorbitant hohe Summe in bekannter Reichsverbandsmanier dann einfach als Verwaltungskosten (Bureaukosten, Gehälter der Verbandsangestellten und Spesen) gebucht. Natürlich ist, wie in allen solchen Fällen, auch in der Abrechnung des Schneiderverbandes der Nachweis für diesen Posten zu finden. In diesem Betrag sind zunächst 3146,67 Mk. für Unterstützung und 3514,17 Mk. für Rechtsschutz. Der größte Teil — 171 345,29 Mk. — ist aber den 300 Ortsgruppen des Verbandes zur Verfügung geblieben. Es sind das die 20 Proz., die den Filialen zur Bestreitung ihrer örtlichen Ausgaben verbleiben, und die also an die Hauptkasse gar nicht abgeliefert werden. Dazu kommen noch 13 270,38 Mk., die als Bestand in den einzelnen Ortsvereinen vorhanden sind. Ferner sind aber in dieser Summe enthalten 39 500 Mk. für den Druck der Fachzeitung. Für Gehälter und Entschädigungen der im Hauptverband beschäftigten sieben Angestellten wurden insgesamt nur 18 907 Mark ausgegeben, das macht im Durchschnitt pro Person

---

Unser Bursche strahlte vor Vergnügen. Er führte die Tänzerin durch die Paare mit einem Gesicht, aus welchem das Selbstgefühl — der Übermut des Unwiderstehlichen blickte.

Als er zur Sterne kam, um an ihr vorüber in die Stube zu gehen, erblickte er auf dem kleinen Raum zwischen dem Tanzboden und der Tür eine Gestalt, auf die er nicht gefaßt zu sein schien: denn er fuhr zurück und verlor die Farbe.

Es war ein Mädchen von etwa einundzwanzig Jahren. Festlich, aber einfach gekleidet, hatte sie einen Kranz von dunkelfarbigem Kattun und einen blauen, schwarzgemodelten Rock an, was ihrer Erscheinung einen ernsteren, frauenartigen Charakter gab. Ihren Wuchs bezeichnete eine gewisse Fülle; das ovale Gesicht gehörte aber durch die Regelmäßigkeit der Züge und durch einen eigenen sinnlichen Liebreiz, der aus ihm sprach, zu den schönsten und einnehmendsten, die man sehen kann. Dieses Reizende lag nicht bloß im Ausdruck, sondern im Gebilde, zumal der üppig und zierlich aufgeworfenen Lippen, — es verleugnete sich daher auch jetzt nicht, wo die zunächst der Tür Stehende sichtlich erregt, düster und verlegen auf den Verwegenen schaute.

Es war die Annemarie, die Tochter des Webers. Um ihr Hiersein zu erklären, müssen wir ein Gespräch wiedergeben, das eine Viertelstunde früher im Hause des Webers zwischen den beiden Schwestern stattfand.

Annemarie saß auf der Bundbank, im Sinnen verloren. Die Glocke auf dem nahen Kirchturm schlug fünf, und zu gleicher Zeit kam die jüngere Schwester aus der Küche in die Stube. Jene warf einen traurig liebevollen Blick auf sie. „Aber Rebekk", sagte sie, „mußt du denn garnicht zur Kirchweih gehen?"

„Ich geh'," versetzte die Schwester, „wenn du mitgehst."

Annemarie schüttelte den Kopf. „Verlang' doch das nicht mehr," erwiderte sie. „Ach, mir ist's nicht kirchweihlich zumut!"

„Aber der Vater", entgegnete die Schwester, „kommt erst spät abends heim; und wenn du allein bist, wirst du wieder verzweifeln!"

Jene — mit schmerzlichem Lächeln — zuckte die Achseln. „Deswegen," sagte sie, „geh' ich nicht ins Wirtshaus!"

„Aber deswegen," versetzte Rebekka, „bleib' ich bei dir!"

Annemarie sah die vor ihr Stehende mit feuchten Augen an, faßte ihre Hände und drückte sie. „Du bist gut mit mir!" rief sie zärtlich. — „Und ich soll dich um dein Kirchweihvergnügen bringen?" — Mit Wehmut lächelnd, fügte sie hinzu: „Was wird der Hans sagen, wenn er dich nicht findet?"

„Der," erwiderte Rebekka, „hat noch nicht das Recht, etwas zu sagen!"

„Eben darum solltest du hingehen und ihm die Freud' machen," versetzte die Annemarie. „Daß er auf dich wartet, das weiß ich gewiß!"

Rebekka bedachte sich. „Nun," sagte sie, „wenn du mich so gern im Wirtshause haben willst, so geh' mit mir! — Wissen tut noch niemand etwas. Und solang' die Leute nichts wissen, muß man sie nicht mit Gewalt drauf bringen; — wer weiß, was geschieht! — Wenn ich ohne dich komm', so wird man mich fragen: wo ist denn deine Annemarie? Und ich bin so ungeschickt zum Lügen! Wenn ich sagen tät: sie ist krank, ich bin überzeugt, man säh's mir an, daß es nicht wahr ist. — Geh mit mir," fuhr sie herzlich fort. „Es wird dich doch aufheitern! — Sieh dem Tanzen zu: oder tanz auch selber etliche Reihen! — Du kannst tun, was du willst, und bleiben, solang dir's gefällt! — Ich richte mich nach dir!"

Annemarie war aufgestanden. „Nun gut," sagte sie; „weil du's nicht anders tust — ich will mit dir gehen. — Ich hab' Kirchweihen mitgemacht, wo ich vergnügt gewesen bin, ich will auch einmal eine bloß traurig mit ansehen." — Sie hielt inne. Dann sagte sie, die Hand auf ihre Brust legend: „Mir ist bang, Schwester! bang! — Aber sag nicht," setzte sie rasch hinzu, „daß ich dir das Spiel verderb'! — Vielleicht grad' unter den Leuten vergeh's mir!"

Die Mädchen vollendeten ihren Anzug und gingen miteinander zum Sonnenwirt hinab. Als sie in den Hausflennen getreten waren, kam ihnen ein junger Mensch entgegen, dessen Anblick die Annemarie lächeln machte. Es war der Sohn des Dorfschmieds. Freundlich grüßend, verwickelte er die Rebekk' in einen kleinen Disturs; die Schwester wollte nicht stören und ging einstweilen die Treppe hinan. Als sie oben angekommen war, erklangen eben die Lobsprüche, die dem Schorsch und der Sophie gespendet wurden. Sie erkannte das Paar, das sie an jedem anderen Ort eher vermutet hätte als hier, — sie sah es im Glanz der Freude vom Tanzboden gehen — und es war ihr, als ob durch ihre Brust ein Messer führe! Im ersten Augenblick war ihr alle Besinnung genommen und ihr Fuß an den Boden gewurzelt. Als aber die beiden gegen sie herankamen und der Bursche vor ihr erschrak, da kehrte ihre Fassung wieder.

(Fortsetzung folgt.)

2700 Mk. Was dann noch für Agitation (einschließlich der Gehälter für fünf Gauleiter), Verwaltungsmaterial, Porto, Delegationen, Beiträge an die Generalkommission usw. ausgegeben wurde, darüber gibt die Abrechnung hinreichend Auskunft. Die Beweisführung über die kolossale Verschwendung von Arbeitergroschen durch die Gehälter der Gewerkschaftsangestellten ist weder neu noch für denkende Menschen irgendwie überzeugend, denn daß der Schneiderverband mit so wenig Angestellten nicht über 300 000 Mk. für Gehälter verausgabt, könnte selbst Karichen Mießnick begreifen. Wenn trotzdem die bürgerliche Presse solche albernen Reichsverbandsnotizen übernimmt, und nachdem eine Berichtigung der Organisation ablehnt, wie das die „Hamburger Nachrichten" getan haben, so beweist sie damit nur, daß bei ihr schülerhafte Dummheit mit journalistischer Unanständigkeit auf einem Holze wachsen.

Schlosserstreik in Zürich. Von der Streikleitung wird uns geschrieben: Die in den Bauschlossereien, Konstruktionswerkstätten, Ofenfabriken und gemischten Betrieben beschäftigten Arbeiter stehen seit dem 1. April im Streik um den Neunstundentag. Alle Verständigungsversuche sind bis jetzt an der Halsstarrigkeit der Meister gescheitert. Diese rechnen nicht nur auf die Hilfe der Scharfmacher im Lager der Maschinenindustriellen, sondern noch viel mehr auf Zuzug von Streikbrechern aus dem Auslande. Nachdem sie in der Schweiz ihren Köder vergeblich ausgeworfen haben, überschwemme sie die bürgerlichen Blätter in Deutschland und Österreich mit ihren Abeitergesuchen. Sie versprechen „Jahresstelle", hohen Lohn und Reiseentschädigung, verschweigen aber, daß es sich um Streikbrecherarbeit handelt. Die Inserate werden zumeist aufgegeben von den Firmen Gauger, Schäppi und Schweizer. Fabriken für Eisenkonstruktionen in Zürich und Albisrieden, und vom Sekretariat des schweiz. Schlossermeisterverbandes. Den Reflektanten wird in so vorsichtig abgefaßten Schreiben geantwortet, daß sie die Lackierten sind, wenn sie an Ort und Stelle kommen. Leider kommt es trotz unserer Warnung vor, daß Kollegen von weit her zureisen, die dann wieder abgeschoben werden müssen. Wir bemerken noch, daß in den andern Städten der Schweiz die Konjunktur momentan durchaus nicht günstig ist, so daß kaum auf anderweitige Beschäftigung gerechnet werden kann. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl unserer deutschen und österreichischen Kollegen, uns in unserm Kampfe nach Kräften zu unterstützen und jeden Zuzug unbedingt fernzuhalten, bis wir den Sieg errungen haben. Unter den Streikenden befinden sich viele Deutsche und Österreicher, die zum Teil schon lange Jahre hier ansässig sind. Über diesen schwebt, nach den Auslassungen der Regierungsvertreter, ständig das Damoklesschwert der Ausweisung. Sie sind hier so lange wohlgelitten, als sie willige Ausbeutungsobjekte sind. In dem Momente aber, wo sie ihre Rechte geltend machen, sind es lästige Ausländer, die das Asylrecht mißbrauchen. Und gegen diese Ausländer will man nun ihre eigenen Landsleute als Streikbrecher ins Feld führen. Kollegen, bereits ist eine Anzahl eurer Landsleute gewaltsam an die Grenze gestellt worden, andere wurden wegen geringfügiger Verstöße gegen das Streikgesetz (analog dem § 153 der deutschen Gewerbeordnung) hinter Schloß und Riegel gesteckt! Die Meister wüten wie wahnsinnig in der bürgerlichen Presse und suchen die Behörden immer noch schärfer zu machen. Sie verlangen nichts mehr und nichts weniger als das Streikpostenverbot und ein Militäraufgebot, also den Belagerungszustand. Wir vertrauen darauf, daß auch diesmal die internationale Solidarität kein leerer Wahn ist, sondern daß daran auch die Macht der Züricher Meister zerschellt. Kein Arbeiter lasse sich unter irgend welchen Versprechungen dazu verleiten, nach Zürich oder Albisrieden zu kommen! Auskunft erteilt das Metallarbeiterbureau Staufacherstraße 60 in Zürich.

Die Lehrlingsfrage in der Zigarrenindustrie.

Die Unternehmerorganisationen der Tabakindustrie vertreten die Auffassung, daß Personen, die das Zigarrenmachen erlernen, Lehrlinge im Sinne der §§ 126—132 a der Gewerbeordnung sind, sodaß demnach auch ein Lehrvertrag rechtsgültig abzuschließen ist. Die den Unternehmern dienende Fachpresse unterstützt natürlich diese Auffassung recht lebhaft. Bis in die neuere Zeit hinein hat man sich in der Zigarrenindustrie um die Lehrlingsfrage nie viel gekümmert; das Lehrverhältnis ist immer recht gleichgültig behandelt worden und die Dauer des Lehrverhältnisses war in den einzelnen Orten, sogar in den einzelnen Betrieben, sehr verschieden, sodaß Lehrzeiten von einigen Monaten bis zu 3 Jahren zu finden waren. Als die Lebenslage der Arbeiter in der Zigarrenindustrie infolge der schlechten Lohnverhältnisse gegenüber anderen Industrien und der zunehmenden Teuerung sich wesentlich verschlechterte, wurde der Zulauf neuer Arbeitskräfte zu diesem Gewerbe geringer. Selbst in Gegenden mit den billigsten Löhnen veranlassen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zigarrenindustrie die Arbeiter, ja selbst die Arbeiterinnen, wieder davonzulaufen. Das veranlaßte die Unternehmer, nach Mitteln zur Fesselung der Arbeitskräfte zu suchen, wenigstens die Jugendlichen wollten sie möglichst lange zu halten suchen. So kamen die Fabrikanten dazu, einfach Lehrverträge auf drei Jahre abzuschließen, zu deren Sicherung sie wöchentlich einen Betrag des verdienten Lohnes als Kaution einbehielten.

Die Tabakarbeiter aber wehrten sich entschieden gegen langfristige Lehrverträge und gegen die Kautionsstellung. Sie bestritten, daß es sich beim Erlernen des Zigarrenmachens um ein Handwerk in dem Sinne handelt, daß die §§ 126 bis 132a der Gewerbeordnung Anwendung finden können. Die Unternehmer reden freilich immer von der Notwendigkeit einer tüchtigen Ausbildung im Interesse der Arbeiter. Das ist aber Humbug. Beim Zigarrenarbeiter bedarf es, wie bei jeder anderen Tätigkeit, die nicht als einfache Handreichung gilt, einer gewissen Zeit des Erlernens; aber da es sich um eine sich täglich hundertfach wiederholende Arbeit handelt, ist eine längere Lehrzeit keineswegs erforderlich. Es ist bezeichnend, daß gerade an jenen Plätzen, wo die schwierigsten Fassons angefertigt werden, in Hamburg und Bremen, nur ganz kurze Lehrzeiten üblich sind. Übrigens fragen die Unternehmer den Teufel nach einer tüchtigen Ausbildung der Lehrlinge, denn gerade dort, wo lange Lehrzeiten gefordert werden, bezw. bestehen, ist die Arbeitsteilung weit vorgeschritten. Die Lehrlinge lernen auch dort nur eine Teilarbeit verrichten.

Eine Anzahl Gewerbeaufsichtsämter, insbesondere in Süddeutschland, stimmt der Auffassung der Tabakarbeiter zu. Auch sie zählen das Zigarrenmachen nicht zum Handwerk und wollen deshalb Lehrverträge im Sinne der Gewerbeordnung nicht zulassen. Das badische Gewerbeaufsichtsamt bekämpft die Lehrverträge in der Zigarrenindustrie schon seit Jahren. Allerdings sind nach Ansicht dieser Behörde Arbeitsverträge von ein- bis zweijähriger Dauer unter Berücksichtigung der Kündigungsbestimmungen der Gewerbeordnung zulässig. Schließlich sei auch noch auf eine Ausführungsanweisung des preußischen Handelsministers zur Gewerbeordnung hingewiesen, nach der das Zigarrenmachen nicht als Handwerk angesehen werden soll.

Daß es den Zigarrenindustriellen nur auf die Festlegung einer möglichst langen Lehrzeit zur Erlangung billiger Arbeitskräfte ankommt, ist auch zu beweisen aus dem Berichte des badischen Gewerbeaufsichtsamtes für 1911. Dort heißt es: „Daß wir in den Lehrverträgen von Zigarrenfabriken nur Handhaben zur längeren Bindung von Arbeitern an bestimmte Betriebe erblicken, ist in unseren Jahresberichten wiederholt dargelegt und begründet worden. Unserer Ansicht stimmten viele Arbeitgeber bei, insbesondere des Oberlandes, wo die Industrie noch jüngeren Datums ist und mit Arbeitermangel weniger zu kämpfen hat als im Unterland." Aus dieser Äußerung geht deutlich genug hervor, daß dort, wo die Arbeiter sich Berufen mit besseren Lohnverhältnissen zuwenden, die Zigarrenfabrikanten in den Lehrverträgen ein Mittel sehen, die einmal Hineingefallenen möglichst lange festzuhalten. Auf die Art braucht man dann wenigstens nicht die Löhne zu steigern und das Arbeitsverhältnis zu verbessern. Die „Lehrlinge" arbeiten, sobald sie Zigarren herstellen können, in Stücklohn, der natürlich immer bedeutend niedriger ist als bei den „Ausgelernten". Das könnte den Unternehmern so passen, die Gewerbeordnung, wie es ihnen gerade gefällt, für ihre Zwecke zurechtzulegen! Einen Lehrvertrag in der Zigarrenindustrie abzuschließen, ist also nicht zu empfehlen, da er rechtlich ungültig ist, und weiter keine Bedeutung hat, als die Ausnutzung der Arbeitskraft zu fördern.

Soziales.

Internationaler Heimarbeiter-Schutzkongreß in Zürich am 8. und 9. September 1912. Das Aktionskomite zur Förderung des Heimarbeiterschutzes in der Schweiz lädt zu diesem Kongreß ein, der an den genannten Tagen im Volkshause in Zürich stattfindet und der einberufen wird vom internationalen Heimarbeitsamt in Brüssel. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Vergleichung der verschiedenen Gesetzesvorlagen über die Heimarbeit. Organisation der Lohntarife. 2. Organisation der Inspektion vom ärztlichen Gesichtspunkte aus und von dem der gesetzgeberischen Maßnahmen. 3. Berufsorganisation und Kollektivverträge. 4. Mitwirkung der Konsumenten. — Einzelpersonen haben gegen Lösung einer Kongreßkarte, deren Preis 10 Fr. beträgt, zum Kongreß Zutritt. Arbeiterorganisationen können sich ohne alle Kosten durch Delegierte mit schriftlichem Mandat vertreten lassen.

Aus Nah und Fern.

Opfer der preußischen Ausweisungspolitik. In Freiburg in Schlesien erschoß sich am Donnerstag voriger Woche der 60 Jahre alte Tischlergeselle Franz Pohl, der Österreicher war und den Ausweisungsbefehl erhalten hatte, trotzdem er über 35 Jahre in Freiburg gelebt und sich rechtschaffen durchs Leben geschlagen hatte. Am 25. April erhielt er die Ausweisung. Gesuche und Bitten um Angabe der Gründe zu dieser rigorosen Maßregel bezw. um Aufhebung des Ausweisungsbefehls blieben resultatlos. Vor wenigen Tagen erhielt Pohl den endgültigen Bescheid, daß er den Polizeistaat Preußen bis zum 1. Juni ganz bestimmt zu verlassen habe. Die Kollegen hatte Pohl von dem Gang der Dinge in Kenntnis gesetzt, zugleich aber hinzugefügt, daß er Preußen nicht verlassen, sondern seinem Leben freiwillig ein Ende machen würde. Er ordnete vorher seine Verhältnisse, bestellte und bezahlte seinen Sarg und schrieb die Bestimmungen über sein Begräbnis nieder. Alsdann nahm er von seinen Freunden Abschied und jagte sich dann eine Kugel durch die Schläfe, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Auf einem hinterlassenen Zettel standen die Worte, daß ihm die letzte halbe Stunde seines Lebens außerordentlich schwer geworden sei.

Und der Grund zu der rigorosen Maßregel? Pohl war Mitglied der Partei und seiner Gewerkschaft, zog sich aber mit Rücksicht auf die Tatsache, daß er Ausländer war, vom Partei- und Gewerkschaftsleben ganz zurück. Trotzdem aber hat er sich als „Ausländer lästig gemacht", wie es in der polizeilichen Verfügung heißt. Die Genossen von Freiburg und Umgegend folgten in überaus großer Zahl der Leiche des Opfers preußischer Polizeiwillkür und demonstrierten damit gegen den preußisch-deutschen Polizeigeist in wirksamer Weise.

Ein braver Diener Gottes! In den letzten Tagen waren durch die Zeitungen Meldungen gegangen, daß der Abbe Piton aus Angers verschwunden sei und man befürchte, er sei einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Das Verschwinden des hochwürdigen Herrn hat nun eine überraschende Aufklärung gefunden: Herr Piton erschien Mittwoch früh am andern Ende Frankreichs, in Lyon, von einem Karthäusermönch begleitet, auf dem Polizeikommissariat und erzählte eine mit drolliger Ungeschicklichkeit erfundene Räubergeschichte, wie er von Angers nach Lyon gekommen sei. Fünf oder sechs Männer wären, als er auf seinem Gange war, um eine Sterbende zu versehen, über ihn hergefallen, hätten ihm einen Sack über den Kopf gestülpt und ihn gezwungen, viele Stunden hindurch in unbekannter Richtung mit ihnen zu gehen. Dann hätten sie ihn in ein Auto gehoben und wären mit ihm davon gefahren. Fünf Tage lang wäre er im Auto geblieben und von seinen Entführern mit Schrippen und Hörnchen genährt, übrigens all die Zeit sehr höflich behandelt worden. Endlich hätten sie ihm seine Priesterkleidung ausgezogen, ihn mit einem bürgerlichen Gewand angetan, ihn plötzlich aus dem Auto aufs Pflaster gesetzt und wären rasselnd davongefahren. Er hätte sich in einer unbekannten Stadt gefunden, jedoch alsbald erkannt, daß diese Stadt Lyon sei, wo er sich bereits wiederholt aufgehalten habe. Er wäre ins Karthäuserkloster, dessen Prior sein Freund sei, gegangen und hätte dort um Gastfreundschaft geberen. Der Polizeikommissar nahm diese wunderbare Geschichte einfach zu Protokoll und setzte sich mit der Gerichtsbehörde in Angers in drahtliche Verbindung. Das Ergebnis war, daß Abbe Piton wenige Stunden später verhaftet wurde und nach dringender Ermahnung sich zu einem vollen Geständnis herbeiließ. Er gab zu, gelogen zu haben, und bekannte, er wäre freiwillig ausgerückt, nachdem er die von ihm verwalteten Stiftungsgelder der Pfarre unterschlagen und die Wertpapiere verkauft habe. Die bürgerlichen Kleider, die er trug, hatte er nach seiner Ankunft in Lyon dortselbst gekauft. In Angers wurde nach dem Eintreffen der Lyoner Nachrichten bekannt, daß Abbe Piton unter angenommenem Namen 14 Tage vor seiner Flucht bei einem Haarkünstler in Nantes eine Perücke ohne Tonsur und einen falschen Schnurrbart bestellt und bezahlt hatte. Unter demselben Namen versuchte er, bei der Zweiganstalt des Credit Lyonnais in Angers Wertpapiere zu verkaufen, unterließ dies jedoch, als ihm die Bankangestellten erklärten, sie würden ihm die Kaufsumme erst nach drei Tagen ausbezahlen können. Abbe Piton behauptete, er habe die Unterschlagungen nur begangen, um reichlicher Almosen austeilen zu können.

Eine furchtbare Explosionskatastrophe ereignete sich am Freitag morgen 8½ Uhr in der Munitionsfabrik Möllersdorf bei Wiener Neustadt. Ein Teil der Munitionsfabrik ist vollständig in die Luft geflogen. Von dem leitenden Beamten der Verladung, einem Oberoffizial, fand man bisher den goldenen Rockkragen. Bisher sind 30 Leichen aus den Trümmern hervorgezogen. Die Erschütterung, die die Explosion hervorrief, war so intensiv, daß sie in Wien gespürt wurde. Im Laufe der Aufräumungsarbeiten fand man noch andere Leichenteile und schließt daraus, daß eine viel größere Anzahl von Opfern zu beklagen ist. Es handelt sich um ein Quantum von 200 000 Kilogramm Pulver, die in die Luft gingen. Auf dem Wiener Flugfelde wurden die Flugschuppen zum Teil zerstört. Der Bevölkerung bemächtigte sich große Aufregung. Eine spätere Meldung besagt: Das Unglück läßt sich noch nicht überblicken. Bis jetzt zählt man außer den 30 Leichen über 100 Verwundete, meist Soldaten und Arbeiter. Bei den Rettungsarbeiten wurde einem Artillerie-Hauptmann der Arm abgerissen. Die Verwundeten wurden in die Kavalleriekaserne gebracht. Die Explosion ist darauf zurückzuführen, daß der Motor eines der mit Munition beladenen Lastautomobile explodierte, worauf der Wagen in die Luft flog. Im nächsten Augenblick flog dann das Gebäude in die Luft. Im benachbarten Munitionsmagazin wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert, durch deren Splitter ungefähr hundert Personen, darunter viele schwer, verletzt worden sind. Ein Einjährig-Freiwilliger, der zu der kritischen Zeit vorüberritt, wurde samt seinem Pferde etwa hundert Schritte weit fortgeschleudert. In der Wien-Neustädter Schule ist infolge der Explosion eine Mauer eingestürzt, wobei mehrere Schulkinder verletzt wurden.

Die „wiederauferstandene" Frau. Die Frau des Lastträgers Anton Thomas, der in den Pariser Markthallen beschäftigt ist, mußte vor etwa drei Monaten in das bekannte Pariser Krankenhaus Hotel Dieu aufgenommen werden, und vor drei Wochen erhielt der trostlose Gatte die amtliche Nachricht, seine Frau sei soeben gestorben. Thomas begab sich nach dem Hotel Dieu, glaubte die Leiche seiner Frau zu erkennen, betete, kaufte einen Kranz, wohnte dann der Beerdigung bei und suchte sich schließlich, nachdem er eine andere Wohnung genommen hatte, über die Leiden seines Witwertums hinwegzutrösten. Gestern kam nun eine Frau in dem bisher von dem Ehepaar Thomas bewohnten Hause an und fragte erstaunt nach Thomas, dessen Wohnung sie verschlossen gefunden hatte. Sie stellte sich den verwunderten Hausbewohnern dabei als die soeben als geheilt aus dem Hotel Dieu entlassene Frau Thomas vor. Nachbarn eilten nun zu dem Lastträger und riefen ihm schon von weitem zu: „Komm rasch, deine Frau lebt." Der also Angeredete folgte der Aufforderung und mußte sich zu seiner ebenfalls nicht geringen Überraschung davon überzeugen, daß seine bessere Hälfte in der Tat noch am Leben sei. Nun entspann sich aber ein heftiges Wortgefecht zwischen den beiden wiedervereinten Gatten, die der Tod nicht zu trennen vermocht hatte. Denn Thomas machte energisch sein Recht auf das Witwertum geltend. Administrativermaßen, so meinte er, sei seine Frau tot. Darüber besitze er einen gebührend ausgefertigten, unterschriebenen und gestempelten Schein in der Tasche. Seine Gattin entgegnete „mit einem gewissen Anscheine von Recht", wenn sie auch offiziell tot sei, physisch sei sie doch noch am Leben, und diesem Umstande müsse nun Rechnung getragen werden. Der Mann aber blieb fest und weigerte sich, das gemeinsame Eheleben mit einer amtlich beglaubigten Toten wieder aufzunehmen. So stehen die Dinge jetzt, und man fragt sich nur, wem der Irrtum im Grunde zur Last zu legen sei.

Moskau—Peking in vier Tagen. In den „Grenzboten" erörtert George Cleinow soeben ein interessantes Bahnprojekt, das vermutlich in den nächsten Jahren viel von sich reden machen wird, gleichviel, ob die Schwierigkeiten, die sich seiner Ausführung entgegenstellen, überwunden werden oder nicht. Es handelt sich um den Plan einer direkten, den größeren Anforderungen an Fahrgeschwindigkeit und Betriebseinrichtungen entsprechenden Bahnlinie Europa—China mit der Parole: Moskau—Peking in vier Tagen. Die Linienführung ist gedacht von Moskau über Simbirsk durch die mittlere Kirkisensteppe nach Semipalatinsk und nach Kalgan und Peking. Der Verfasser des Artikels verkennt nicht die großen, vor allem politischen Schwierigkeiten, die sich der Ausführung entgegenstellen. Er findet aber, daß einerseits nur eine unmittelbare Rückverbindung durch eine große Bahn mit dem Zentrum Rußlands die Sicherung der russischen Kolonisation an der russisch-chinesischen Grenze herbeiführen kann, andrerseits China mit einer Bahnverbindung seine Hoheitsrechte in diesen seinen abgelegenen Grenzgebieten besser wahren, und daß es damit leichter einen Besiedelungsgrenzwall gegen das russische Vordringen aufführen kann als ohne Bahnverbindung. Es sind also von beiden Seiten Gesichtspunkte wechselseitiger Sicherung des bisherigen Besitzstandes, die durch den Bahnbau gefördert werden würden; für Rußland können kolonisatorische Bestrebungen Chinas in diesen Gebieten übrigens eine Entlastung der durch chinesische Einwanderung bedrohten Amur- und Küstenprovinz bringen. Gewaltig sind die handelspolitischen Vorteile, die Rußland durch diesen Bahnbau zufallen würden, ohne seine politische Stellung zu beeinträchtigen. Wird die Parole Moskau—Peking in vier Tagen eingehalten, so muß eine fast völlige Ablenkung des Personen-, Post- und Eilgutverkehrs von den bisherigen Wegen auf die neue Bahn eintreten, die sich nicht nur auf den europäisch-chinesischen Austausch, sondern beispielsweise auch auf den mit Australien erstrecken kann. Damit allein springt die weltwirtschaftliche Bedeutung des neuen Weges für ganz Europa ins Auge. Dem europäisch-ostasiatischen Handel entsteht gegenüber der Bedrohung vonseiten der Vereinigten Staaten von Nordamerika durch die Eröffnung des Panamakanals eine starke Stütze. Es sind weltpolitische und Weltverkehrsfragen denkbar größter Bedeutung, die sich mit diesem Projekt verknüpfen; es erscheint daher glaubhaft, daß wie die Förderer des Projekts versichern, die leitenden Stellen Rußlands eine wohlwollende Haltung diesen Plänen gegenüber einnehmen.

Kleine Chronik. In der Schwimmbadeanstalt in Ehrenfeld bei Köln ist die Decke des Schwimmbassins eingestürzt. Dabei wurde ein fünfzehnjähriger Knabe getötet, zwei Personen wurden schwer und mehrere leicht verletzt. — Aus Delitzsch, Provinz Sachsen, wird gemeldet: In dem Dorfe Wiedemar gerieten Freitag vormittag zwei Scheunen und zwei Schuppen in Brand. Bei den Rettungsarbeiten kam der Sattlermeister Rackwitz in den Flammen ums Leben, während der Schmiedegeselle Wust erheblich verletzt wurde. — Freitag früh 5 Uhr sind im Stadtwald bei Essen a. R. der Tierarzt Kahlert und die 30jährige Maria Koch aus Linden a. R. vergiftet aufgefunden worden.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 7. Juni.

1. Qualität	116—119 Mk.	
2. „	106—110 „	
Ferner		
Amerikanische und fremde, verzollt	—	„
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	—	„
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	—	„
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	115—116	„
do. II. do.	113—114	„
Finländische Meiereibutter	—	„
Finnländische Bauernbutter	110	„

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 7. Juni.

Auftrieb 3687 Schweine. Markt rege geräumt. — Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 69,— bis 70,— (55,— bis 56,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 68,— bis 69,— (54,50 bis 55,— Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 69,00 bis 70,— (53,50 bis 54,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 68,— bis 69,— (53,— bis 53,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 67,— (45,50 bis 51,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,— bis 65,50 (51,00 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 58,00 bis 63,00 (45,00 bis 49,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Waisenhaus.

In Veranlassung des am 19. Juni stattfindenden **Waisenkinderfestes** findet in diesen Tagen die gewohnte **Haussammlung** durch die Waisenkinder statt. Die unterzeichnete Vorsteherschaft spricht aufs neue die Bitte aus, der Kinder mildtätig zu gedenken, die denselben zugedachten Gaben aber gütigst ausschließlich in die Sammelbüchsen legen zu wollen.

Es wird hierbei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das durch diese Sammlung eingehende Geld **nicht zur Abhaltung des Festes dient, sondern lediglich den Kindern zugute kommt,** für welche es belegt wird, um dieselben später bei ihrer Entlassung zweckmäßig ausrüsten zu helfen. Die nötige Kontrolle ist aber nur dann möglich, wenn die Gaben nur in die Sammelbüchsen getan und nicht den einzelnen Kindern gegeben werden.

Lübeck, Juni 1912. 885

Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.

:: Komitee- und ::
Kommissionssitzungen

Achtung!
Arbeiter-Sänger-Bund.

Am Montag, 10. Juni 1912, abends 8½ Uhr
Komitee-Sitzung
wozu sämtliche in den Vereinen Gewählte zu erscheinen haben.
951) **Der Bezirksvorstand.**

Freitag morgen 4¼ Uhr entschlief sanft nach langer schwerer Krankheit unser lieber **Heinrich** im zarten Alter von 12 Wochen. Tief betrauert und schmerzlich vermißt von uns allen. (950
Karl Stieger und Frau geb. Knoop.

Danksagung.

Für die uns erwiesene innige Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen danken herzlichst (948
H. Richter und Familie.

Ein möbl. Parterre-Zimmer
zu vermieten. (937
Lindenstraße 68a.

Zum 1. Oktober zu vermieten freundl. abgeschlossene (706)
2-Stuben-Wohnung.
Näh. **Chasotstraße 18, pt., vorn.**

Zum 1. Juli 1. Et., Hths., zu verm.
40 Kottwitzstraße 40
2 Zimmer u. Zubehör, 150 Mk. (369
Näheres daselbst Hinterhaus.

Tüchtige Malergehilfen
stellt sofort ein (967
Max Stein, Maler, Geverdesstr. 5.

Eßkartoffeln, Jackett und 2 gute **Hüte** für größeres Schulmädchen billig zu verkaufen.
944) Schützenstraße 60.

Fast neuer **Gehrock-Anzug** (40 M.) und **Frack** zu verkaufen (10 Mk.)
945) Georgstraße 19b.

Eine 2schläfige Bettstelle
mit Matratze zu verkaufen.
954) **Schulze,** Warendorpstr. 37.

Billig zu verkaufen ein
Kinderwagen m. Gummireifen.
963) Paulstr. 20a, III.

Großer runder **Tisch, Kuckuckuhr, Schweizer Spieldose, Bretter und Latten, kl. u. gr. Tisch** bill. zu verk.
947) Krähenstraße 7, part. 1.

Ein **Fahrrad** mit Freilauf, tadellose **Trittnähmasch., Puppenwag., gr. Stoßwagen u. Scheibenbüchse** zu verkauf. (227) Hundestr. 2, pt.

Eine Sportkarre
zu verkauf. (931) Al. Bauhof 7.

Sprechmaschine
mit Aufnahme u. Wiedergabe, inkl. 50 Walzen für 12 Mk. zu verkauf.
933) Langer Lohberg 57, II.

Stachelbeer u. Grünkohlpflanzen zu verkaufen. **Karl Weidemann,** Krempelsdorfer Allee 42. (966

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 9. Juni von 1 Uhr ab. (932
Dr. med. Heddinga, Geibelplatz 1.
Dr. med. Pée, Königstraße 69.
Dr. med. G. Hofstaetter, Moisl. Allee 2

Ein Pfeilerspiegel
(Tombolagewinn) zu verkaufen.
973) Augustenstraße 9.

1 neue Schlafstuben-Einricht.
umständehalber billig zu verkaufen.
974) Hüxstraße 54, I.

Getr. Anzüge, Kleider, Röcke, Blusen, Kinderkleider und Schuhzeug billig zu verkaufen.
969) Schildstraße 5.

Wegen Umzug billig zu verkaufen ein Sofa, 4 Stühle (Mokettebezug) Preis 35 Mk.
957) Beckergrube 28/12.

Ein fast neuer Kinderwagen billig zu verkaufen
970) Feldstraße 11—13, II.

200 Bierflaschen
billig zu verkaufen.
935) Bufetkistraße 8.

Bessere eiserne **Kinderbettstelle, Gesellenkoffer, 3 fl. Petroleumkochmaschine billig** zu verkaufen.
940) Hansastraße 36a, part.

Ein zweirädiger Handwagen, Preis 5 Mk., zu verkaufen.
964) Brießstraße 17.

Junge Brief- und Rasse-Tauben billig zu verkaufen.
978) Adolfstraße 12c.

Einen Satz Ferkel hat zu verkaufen
976) **E. Sick, Seeretzerfeld.**

1 Satz Ferkel (6 Wochen alt) sowie **Weißkohl u. Selleriepflanzen** (stark) zu verkaufen.
926) **H. Lange, Mori.**

Blaue französisch. Kartoffeln
vorzüglich im Geschmack
10 Pfd. 60 Pfg., 100 Pfd. 5.25 Mk.

Feinste Magn. bonum
ff. gelbkochend
10 Pfd. 50 Pfg., 100 Pfd. 4.50 Mk.
929) **Wilhelm Süfke**
Fernspr. 1746. Warendorpstr. 25.

Kartoffeln
Magnum bonum, Französische und neue Italiener.
928) **C. Heese,** Lars Jacobsen Nachfg.
Meierstraße 26. Telephon 1440.

930) **Prima Holsteiner**
Schinken
im ganzen und im Ausschnitt.
Jobs. Schwabroh, Moisl. Allee.

Willy Koch
:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21. 958

Goldene und silb. Uhren
269) gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Ägidienstr. 35.

Zigarren
en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt
HEINR. HAGELSTEIN
Königstrasse 85
In.: **W. Piquardt.** (975

Prachtvolle Salongarnitur Mk. 165, Salonschrank 75, Tisch 18, eleg. Plüschgarnitur 85, Vertikos reich geschnitzt 55, gr. Trumeaux 95, reich geschnitzte Vorigarnit. mit Herrensessel 150, Schlafzimmer ff. u. Küche, Diwan, Stühle, Verschiedenes. (168
Besichtigung Wahmstr. 83, p. r.

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.
Von **Dr. E. Gebert.**
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Betten-Duve liefert bestens und billigst. (109) Gr. Burgstr. 32.

Sehr preiswert!
Sonntag früh **von 7½—9 Uhr** ein großer Posten ganz frisch gesalzene
Schnauzen, Pfoten u. Schweinekleinfleisch
in sehr schöner Ware,
das Pfund nur 12 Pfg.,
bei 10 Pfund Abnahme das Pfund nur 10 Pfg.
Verkauf in der Fabrik Beim Retteich 14.
Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
953) **Aug. Scheere.**

Berliner
Volks-Zeitung
Täglich 2 Ausgaben
mit den Beiblättern:

ULK weltbekanntes, farbig illustriertes Witzblatt (8 Seiten)

Illustr. Familien-Zeitung
mit aktuellen Bildern, Romanen usw. (16 S.)

Illustr. Kinder-Zeitung
mit lustigen Bildern, Erzählung., Spielen (8 S.)

Tägl. Unterhaltungsblatt
m. Romanen u. Abhandlungen a. all. Gebieten

Man abonniert bei allen Postanstalten zum Preise von 90 Pfennig monatlich

Probenummern an jedermann kostenfrei von der Expedition Berlin SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. (943

Mehr als 83000 Abonnenten.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandlg. u. Reparaturwerkstatt. (104) **Fünfhausen 13.**

Spezialitäten
d. Firma Ludw. Wiegels, Fischergrube 57
Bungescher Speiseessig,
Kons. Honigessig, Ia. Flomheringe, Ia. Anchovis,
Ia. weinsaure Salzgurken,
Ia. Magdeburger Sauerkohl
105) **Ia. Rollmops.**

10.50 Mk. 12.50 Mk.
WELT-SCHUH-MARKE
Salvator
GARANTIERT
Rote Rabattmarken oder 4 Prozent bar.
15.50 Mk. 18.00 Mk.
107) **Alleinverkauf**
F. Baurenfeind, Mühlenstr. 34.

Tisch-
Messer, Gabeln & Löffeln
aus Zinn und Nickelsilber.
Rasier-
Messer & Apparate
Seife — Pinsel — Riemen.
Waffen & Patronen
939) billigst im
Messer & Waffen-Haus
alma
Jesschau, Lübeck Breite Str. 27.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr,
102) 65 Pfg.

Achtung Schneider!

Am **Mittwoch,** dem **12. Juni,** abends von **7¼** bis **10 Uhr** findet im **Gewerkschaftshaus** die
Wahl eines Delegierten zum Verbandstag
statt.
Jeder Kollege ist verpflichtet, an der Wahl teilzunehmen.
979) **Die Ortsverwaltung.**
NB. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Sozialdemokratischer Verein Trems-Vorwerk.

Mitglieder-Versammlung
am **Montag,** dem **10. Juni** beim **Gen. Schulz-Trems.**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Bromme** über „Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie“.
2. Gemeindesachen.
3. Verschiedenes.

955) **Der Vorstand.**

Am 9. und 10. Juni
Scheibenschießen
um wertvolle Gewinne
verbunden am Sonntag mit Ball.
Hierzu ladet freundl. ein (925
Herrnburg. D. Schliecker.

Gasthof Transvaal
Schwartau.
Sonntag, den 9. Juni:
Verschießen von Aalen usw.
Hierzu ladet freundlichst ein
942) **R. Pinkert.**

Hamburger Hof
Schwartau.
Empfehle meine renovierten Lokalitäten bestens.
Sonnabend und Sonntag:
Gr. Musik-Unterhaltung.
895) **A. Lau.**

Schönböcken.
Großes Ringreiten
am Sonntag, dem 9. Juni.
Anfang 3 Uhr. (956
Hierzu ladet freundlichst ein
B. Dettmann und 10 lustige Reiter.

Achtung!
Fabrikarbeiterverband
Zu dem am morgigen Sonntag, dem 9. Juni, stattfindenden
Ausflug nach Wismar
per Dampfschiff „Seeadler“ sind noch Karten für Erwachsene à 2 Mk., Kinder 1 Mk., in unserm Bureau, Johannisstraße 48, zu haben. (977
Die Ortsverwaltung.